

Verordnungs-Sammlung

f ü r d i e

Herzogl. Braunschweigischen Lande.

11^{ter} J a h r g a n g 1 8 2 4.



Braunschweig,

gedruckt in der Fürstlichen Waisenhaus-Buchdruckerei.

I.

I n h a l t

d e r

in dem 11^{ten} Jahrgange der Verordnungs-
Sammlung

b e f i n d l i c h e n N u m m e r n .

- I. (1.) **V**erordnung, die Todeserklärung der aus den letzten Feldzügen nicht zurückgekehrten Militärpersonen betr. D. D. Braunschweig, den 5ten Jan. 1824.
- II. (2.) Bekanntmachung des Fürstl. Geh. Raths-Collegii, wegen eines in Zahlung gekommenen falschen Preuß. Einthalerstücks. D. D. Braunschweig, den 13ten Januar 1824.
- III. (3.) Verordnung, die Berichtigung des der Verordnung vom 7ten Octbr. 1823 beigefügten Verzeichnisses der Entfernungen der Poststationen in den hiesigen Landen betreffend. D. D. Braunschweig, den 15ten Januar 1824.
- IV. (4.) Serenissimi Verordnung, den den Deserteurs vom hiesigen Truppen-Corps verwilligten General-Pardon betr. D. D. Braunschweig, den 25sten Januar. 1824.

- V. (5.) Serenissimi Verordnung, die vor dem Abdruck der Censur zu unterwerfenden, bei der Bundes-Versammlung einzureichenden Reclamationen und Denkschriften und die Ausnahme von den Bundestag betr. Artikeln in die Zeitungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 23sten Februar 1824.
- (6.) Verordnung, die Nichtannahme der in Umlauf gekommenen schlechten ausländischen Kupfermünzen bei den herrschaftlichen Cassen betreffend. D. D. Braunschweig, den 24sten Februar 1824.
- VI. (7.) Serenissimi Verordnung, die am 10ten Septbr. 1823 zu Minden abgeschlossene Weser-Schiffahrts-Acte betr. D. D. Braunschweig, den 5ten März 1824.
- VII. (8.) Serenissimi Verordnung, die Ertheilung der Erlaubnißscheine für diejenigen in den hiesigen Landen wohnenden Schiffer, welche auf dem Weser-Strome Schiffahrt zu betreiben beabsichtigen. D. D. Braunschweig, den 5ten März 1824.
- VIII. (9.) Circular-Rescript an sämtliche Fürstl. Stadt- und Kreisgerichte, das Verfahren derselben bei Deposition von Geldern 2c., und besonders die Depositengebühren betreffend. D. D. Braunschweig, den 5ten März 1824.
- IX. (10.) Circular-Rescript an sämtliche Fürstl. Kreisgerichte, die seit einiger Zeit auf dem Lande Statt findenden Brandschäden betr. D. D. Braunschweig, den 30sten März 1824.
- X. (11.) Verordnung, die gefundenen Sachen betreffend. D. D. Braunschweig, den 15ten April 1824.

- XI. (12.) Circular-Rescript an sämmtliche Gerichte des Landes, die in Proceßsachen zu entrichtenden Gebühren und Postgelder betreffend. D. D. Braunschweig, den 20sten Mai 1824.
- XII. (13.) Verordnung, die diesjährige Feier des Sieges bei Waterloo betr. D. D. Braunschweig, den 31sten Mai 1824.
- XIII. (14.) Verordnung, den Schaaffschaz betreffend. D. D. Braunschweig, den 5ten Juli 1824.
- XIV. (15.) Circular-Rescript an Fürstl. Stadtgericht Wolfenbüttel und sämmtliche Fürstl. Kreisgerichte, die Ausstellung der Pässe betr. D. D. Braunschweig, den 2ten Juli 1824.
- XV. (16.) Verordnung, die Besteuerung des inländischen Branntweins nach dem Inhalte der Maisch-Bottiche betreffend. D. D. Braunschweig, den 12ten August 1824.
- XVI. (17.) Verordnung, die Eröffnung der niedern Jagd in diesem Jahre betr. D. D. Braunschweig, den 23sten August 1824.
- XVII. (18.) Verordnung, die Fortdauer der wegen der Censur der Druckschriften unterm 25ten Oct. 1819 ergangenen Verordnung betr. D. D. Braunschweig, den 30sten August 1824.
- XVIII. (19.) Verordnung, die Feier des Sieges bei Leipzig betreffend. D. D. Braunschweig, den 4ten October 1824.

- XIX. (20.)** Bekanntmachung, die unentgeltliche Lieferung des Jahrgangs 1825 der hiesigen Verordnungs-Sammlung an die bisherigen Pränumeranten betreffend. D. D. Braunschweig, den 9ten November 1824.
-

II.

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis

zur

Verordnungs-Sammlung

des Jahrs 1824.

	Seite
B randschäden, die Abwendung der seit einiger Zeit auf dem Lande Statt findenden . . .	48 — 49
Brantwein, die Besserung des inländischen nach dem Inhalte der Maisch-Bottiche . . .	101 — 108
Bundesversammlung, die vor dem Abdrucke erfors- derliche Censur der bei derselben einzureichenden Reclamationen und Denkschriften und die Auf- nahme der den Bundestag betreffenden Artikel in die Zeitungen	13 — 14

C.

Censur der Druckschriften, Fortdauer der deshalb un- term 25sten Oct. 1819 ergangenen Verordnung	111 — 112
---	-----------

D.

Denkschriften, die vor dem Abdrucke erforderliche Cens- sur der bei der Bundesversammlung einzurei- chenden	13 — 14
---	---------

	Seite
Deposition von Geldern ic., daß von den Gerich- ten dabei zu beobachtende Verfahren, besonders die dafür zu nehmenden Gebühren	65 — 68
Deserteurs vom hiesigen Truppen-Corps, der den- selben verwilligte General-Pardon	9 — 11
Druckschriften, Censur derselben, s. Censur.	

F.

Feuerbrünste, die Abwendung der seit einiger Zeit auf dem Lande Statt findenden	48 — 49
--	---------

G.

Gebühren, die in Proceßsachen zu entrichtenden .	79 — 81
Gefundene Sachen, Verordnung, dieselben be- treffend	71 — 77
General-Pardon für die Deserteurs vom hiesigen Truppen-Corps	9 — 11

S.

Sagb, niedere, die Eröffnung derselben in diesem Jahre	109 — 110
---	-----------

K.

Kupfermünzen, in Umlauf gekommene, schlechte ausländische, die Nichtannahme derselben bei den herrschaftlichen Cassen	15 — 16
---	---------

L.

Leipzig, dießjährige Feier des daselbst errungenen Sieges	113 — 114
--	-----------

M.

Militair-Personen, die Todeserklärung der aus den letzten Feldzügen nicht zurückgekehrten . .	1 — 4
--	-------

P.

Pässe, die Ausstellung derselben.	97 — 100
Postgelder, die in Proceßsachen zu entrichtenden .	79 — 81
Poststationen in hiesigen Landen, die Berichtigung des der Verordnung vom 7ten October 1823 beigefügten Verzeichnisses der Entfernungen der- selben	7 — 8
Preußisches Einthalerstück, ein in Zahlung gekoms- menes falsches	5 — 6
Proceßsachen, die in selbigen zu entrichtenden Ges- bühren und Postgelder	79 — 81

R.

Reclamationen, die vor dem Abdrucke erforderliche Censur der bei der Bundesversammlung einzu- reichenden	13 — 14
--	---------

S.

Sachen, gefundene, s. gefundene Sachen.	
---	--

	Seite
Schaaffschah, Verordnung, denselben betreffend .	85 — 93
Schiffahrt auf der Weser, s. Weser-Schiffahrt.	

E.

Todeserklärung, die, der aus den letzten Feldzügen nicht zurückgekehrten Militair-Personen	1 — 4
--	-------

B.

Verlorne Sachen, s. gefundene Sachen.

Verordnungs-Sammlung, hiesige, die unentgeltliche Lieferung des Jahrgangs 1825 derselben an die bisherigen Pränumeranten	115 — 116
--	-----------

W.

Waterloo, die diesjährige Feier des daselbst errungenen Sieges	83 — 84
Weser-Schiffahrt, die Ertheilung der Erlaubnißscheine an die in hiesigen Landen wohnenden Schiffer, welche solche zu betreiben beabsichtigen	57 — 63
Weser-Schiffahrts-Acte, die am 10ten Septbr. 1823 zu Minden abgeschlossene	17 — 56
— I. Allgemeine Bestimmungen	20 — 25
— II. Von den Abgaben	25 — 30
— III. Von der Controlle	30 — 38
— IV. Von den Maßregeln gegen natürliche Schiffahrts-Hindernisse und Unglücksfälle	38 — 39
— V. Vom Leinpfade	39 — 40
— VI. Von den Nebenflüssen	40 — 41
— VII. Von Ausführung der gedachten Acte und künftiger Revision derselben	41 — 43

Register.

XI

	Seite
— Anlage A. Verhältnisse der im §. 12. gegebenen Längenmaasse und Gewichtsbestimmungen . . .	44
— Anlage B. Münz-, Valuations-, Tabelle für den Weser-, Zoll-, Empfang	44 — 46
— Anlage C. Verzeichniß der durch diese Acte bei- gehaltenen Zollstätten an der Weser mit Angabe der Zollsätze	46 — 50
— Anlage D. Normal-, Gewichts-, Tabelle zu Berech- nung des Weserzolls	51 — 55
— Anlage E. Formular der Quittung über den entrichteten Weserzoll	55
— Anlage F. Formular der Ladungs-, Manifeste .	56

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 1.

Braunschweig, den 16. Januar 1824.

- (1.) Verordnung, die Todeserklärung der aus den letzten Feldzügen nicht zurückgekehrten Militairpersonen betreffend. D. D. Braunschweig den 5ten Januar 1824.

Von Gottes Gnaden **C a r l**, Herzog zu
Braunschweig und Lüneburg &c.

Es hat die Ungewißheit über das Leben der aus den letzten Kriegen nicht zurückgekehrten Militairpersonen und anderer den Truppen gefolgt Individuen manche Nachtheile, sowohl für die nächsten Verwandten und Angehörigen derselben, als in Hinsicht des hinterlassenen Vermögens der Abwesenden und dessen Verwaltung herbeigeführt, und obwohl die Wahrscheinlichkeit ihres Todes bei den, besonders in den Feldzügen der letztern Kriege eingetretenen Umständen, und nachdem von gedachten Personen nach Ablauf geraumer Jahre bis jezt keine Nachricht eingegangen, weit größer als bei andern Verschollenen ist, so unterliegt doch die Beibringung eines vollständigen Beweises darüber bedeutenden Schwierigkeiten.

In diesem Betracht finden Wir Uns bewogen, über diesen Gegenstand hiemit Folgendes zu verordnen:

§. 1.

Wenn ein hiesiges Landeskind, welches als Militairperson, als Kriegsbeamter, oder weil es aus andern Gründen seinen Verhältnissen nach der Armee oder einem Truppen = Corps hat folgen müssen, aus den seit dem Jahre 1807 bis 1815 gegen Spanien, Rußland und Frankreich, sowohl in den genannten Ländern, als auch in Portugal und Deutschland geführten Feldzügen, bis jetzt nicht zurückgekehrt ist und von seinem Leben und Aufenthalte in dieser Zeit nichts bekannt geworden, so haben die nächsten Erben desselben und alle, welche dabei ein rechtliches Interesse haben, das Recht auf Todeserklärung des Verschollenen anzutragen, und ist es hierbei gleichgültig, in wessen Kriegsdiensten derselbe gestanden.

§. 2.

Das Gesuch um Todeserklärung ist bei dem Richter des letzten Wohnorts des Abwesenden anzubringen und muß von denjenigen, welche solches eingeben:

- 1) angezeigt werden, mit welchem Truppen = Corps und zu welcher Zeit der Abwesende in das Feld gegangen, wobei zugleich die nähern Umstände, die Entfernung, den letzten Aufenthalt und den wahrscheinlichen Tod desselben betreffend, angegeben und so viel als möglich nachgewiesen werden müssen.
- 2) Muß die Absicht und der Grund, weshalb die Todeserklärung nachgesucht wird, angegeben, und das rechtliche Interesse der Impetranten dabei dargethan und nachgewiesen werden.
- 3) Hat der Nachsuchende eidlich zu erhärten, daß ihm von dem Leben des Verschollenen keine glaubhafte Nachrichten zugekommen, zugleich auch ebenfalls eidlich anzugeloben, daß er, wenn er darüber annoch

Nachricht erhielt, solche dem Gerichte sofort mittheilen wolle.

§. 3.

Wenn dem Gerichte darüber, daß der Abwesende annoch am Leben, nichts bekannt geworden, so erläßt dasselbe eine Edictalladung, worin der Abwesende aufgefodert wird, binnen Einem Jahre sich zu stellen, widrigenfalls gegen ihn die Todeserklärung ausgesprochen und dieser zufolge über dessen Vermögen und übrige Zuständigkeiten den Rechten gemäß erkannt werden würde. Auch muß diese Edictalladung die Aufforderung enthalten, daß alle diejenigen, welche Nachrichten von dem Verschollenen erhalten hätten, solche dem Gerichte mittheilen möchten.

Wenn solches noch nicht geschehen, so ist dem Abwesenden ein Curator zu bestellen und solcher bei den Verhandlungen mit zuzuziehen.

Die Vorladung ist in drei verschiedenen Ländern durch die öffentlichen Blätter bekannt zu machen.

§. 4.

Erscheint der Abwesende während der bestimmten Frist nicht, so ist auf den Antrag desjenigen, der darum nachgesucht, die Todeserklärung auszusprechen, und sonst den Rechten gemäß zu erkennen, das Erkenntniß auch dem Curator des Abwesenden zu publiciren.

§. 5.

Ist dem Gerichte bekannt geworden, daß der Abwesende ein Testament hinterlassen, so ist, nach geschehener Todeserklärung, dessen Eröffnung von selbigem zu verfügen oder zu veranlassen.

§. 6.

Da es nur die Absicht ist, durch die gegenwärtige Verordnung den Beweis des Todes zu erleichtern, so versteht es sich von selbst, daß alle übrigen den Rechten

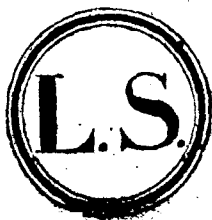
nach zulässigen Beweismittel des Todes eines Abwesenden dadurch nicht ausgeschlossen sind, sondern auch ferner gebraucht werden können.

Sämmtliche Gerichte und ein jeder, den es betrifft, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift, und beigesetzten Fürstlichen Geheimen = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 5ten Januar 1824.

Carl.



von Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 4.

Braunschweig, den 10. Februar 1824.

- (4.) Serenissimi Verordnung, den den Deserteurs vom hiesigen Truppen-Corps verwilligten General-Pardon betreffend. D. D. Braunschweig, den 25ten Januar 1824.

Von Gottes Gnaden Wir C a r l, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Demnach Wir in der Ueberzeugung, daß die meisten Individuen, welche seit der Publication des letzten General-Pardons vom 28ten Mai 1816 von Unserem Truppen-Corps desertirt sind, oder sich seitdem ihrer Militairpflicht vor der Einstellung entzogen, nur aus Leichtsinne und Verführung ihre Pflicht verletzten, beschlossen haben, durch Verwilligung eines abermaligen General-Pardons selbigen die Möglichkeit zu eröffnen, in ihr Vaterland und zu ihrer Pflicht zurückzukehren, so erklären und verordnen Wir hiemit, daß alle von Unserem Truppen-Corps seit dem vorerwähnten Zeit-

punkte desertirte Individuen und ausgetretene Militairpflichtige, welche binnen einer Ein- für alle Mal bestimmten Frist von sechs Monaten, vom Tage der Publication der gegenwärtigen Verordnung angerechnet, an ihren vormaligen Wohnort in Unseren Landen zurückkehren und sich auf die unten vorgeschriebene Weise gehörig melden werden, gänzlich begnadigt und mit aller Strafe wegen ihrer Desertion übersehen, diejenigen Deserteurs aber, welche diese Frist unbenuzt vorübergehen lassen, nach der Strenge der Gesetze behandelt und mit Einziehung ihres gesammten Vermögens, auch im Betretungsfalle mit den außerdem angeordneten Strafen angesehen werden sollen.

Von diesem General-Pardon bleiben jedoch gänzlich ausgeschlossen:

- 1) sämtliche Deserteurs, welche wegen eines begangenen Verbrechens und sonst, um der Strafe zu entgehen, ausgetreten sind, insofern sie sich nicht dieser letztern unterwerfen wollen, welchen Falls ihnen sodann die für die Desertion selbst verwirkte Strafe erlassen seyn soll;
- 2) diejenigen, welche bei ihrer Desertion die ihnen anvertrauten Pferde mitgenommen haben.

Alle diejenigen Individuen nun, welche sich der ihnen

hiedurch angebotenen Begnadigung theilhaftig machen wollen, und auf welche die vorbemerkten Ausnahmen nicht anwendbar sind, haben sich binnen der vorbestimmten Frist bei dem Commandeur Unserer Truppen-Corps allhier zu melden und wegen der Bestimmung über ihre fernerweite Militairpflichtigkeit, so wie wegen Freilassung ihres etwa mit Arrest belegten Vermögens das Weitere zu gewärtigen.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift, und beigedruckten Fürstlichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 25sten Januar 1824.

Carl.



von Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 5.

 Braunschweig, den 2. März 1824.

- (5.) Serenissimi Verordnung, die vor dem Abdruck der Censur zu unterwerfenden, bei der Bundes-Versammlung einzureichenden Reclamationen und Denkschriften und die Aufnahme von den Bundestag betreffenden Artikeln in die Zeitungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 23sten Februar 1824.

Von Gottes Gnaden C a r l, Herzog zu
Braunschweig und Lüneburg rc.

In Gemäßheit der von der deutschen Bundes-Versammlung in der ersten und resp. vierten diesjährigen Sitzung genommenen Beschlüsse verordnen Wir hiemit Folgendes:

- 1) Alle Reclamationen und Denkschriften, welche bei der Bundes-Versammlung gedruckt eingereicht werden sollen, müssen, insofern deren Abdruck in einer Buchdruckerei der hiesigen Lande beabsichtigt wird, den von Uns bestellten betreffenden Censur-Behörden vorher im Manuscript zugestellt werden

und dürfen ohne deren ausdrückliche Genehmigung nicht im Druck erscheinen.

- 2) In die in den hiesigen Landen erscheinenden Zeitungen und Wochenblätter darf in Bundes-Sachen überhaupt, sowohl in Beziehung auf die Verhandlungen der Bundes-Versammlung selbst, als auch auf die Geschäfte aller von ihr abhängenden Commissionen, nichts anderes aufgenommen werden, als was die Protocolle des Bundestages wörtlich enthalten.

Alle diejenigen, welche dieses angeht, besonders aber die Obrigkeiten, Censurbehörden, Buchdrucker und Redactoren politischer Blätter, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 23sten Februar 1824.

(*L. S.*) Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schmidt-Phiseldack.

von Schleinitz.

- (6.) Verordnung, die Nichtannahme der in Umlauf gekommenen schlechten ausländischen Kupfermünzen bei den herrschaftlichen Cassen betreffend. D. D. Braunschweig, den 24ten Februar 1824.

Von Gottes Gnaden C a r l, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg rc.

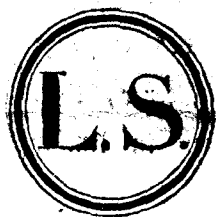
Eingegangenen Berichts zufolge ist seit einiger Zeit in mehreren Theilen des hiesigen Landes und insbesondere im Weser-Districte eine große Menge nach einem ganz geringen Fuße ausgeprägter, in Ansehung des Gepräges selbst aber sehr verschiedenartiger, theils älterer, theils neuerer, ausländischer kleiner Kupfermünzen in Umlauf gekommen.

Obwohl nun die Geringfügigkeit des Metallwerthes dieser, auch bereits in einem großem Theile des benachbarten Auslandes außer Cours gesetzter Kupferpfennige so augenscheinlich ist, daß erwartet werden darf, dieselben werden ohnehin bei keiner Unserer Cassen in Zahlung passiren, so sind letztere dennoch zum Ueberflusse ausdrücklich angewiesen, dergleichen schlechte Kupfermünzen, wo solche in Zahlung gebracht werden möchten, in keinem Falle anzunehmen, und wird solches daher hiedurch zur öffent-

lichen Kenntniß gebracht und zugleich, damit das Publikum auch seiner Seits vor der Annahme von dergleichen geringhaltigen Kupfermünzen um so leichter sich sicher stellen könne, bemerktlich gemacht, daß das Gewicht von 11 bis 13 Stück Kupferpfennigen, wenn solche vollgültig, nicht unter zwei Loth betragen dürfe.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 24sten Februar 1824.



auf Höchsten Special-Befehl.

von Schmidt-Phiseldorf. von Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 6.

Braunschweig, den 26sten März 1824.

- (7.) Serenissimi Verordnung, die am 10ten September 1823 zu Minden abgeschlossene Weser-Schiffahrts-Acte betreffend. D. D. Braunschweig, den 5ten März 1824.

Von Gottes Gnaden C a r l, Herzog zu
Braunschweig und Lüneburg &c.

Da in Gemäßheit der in der Wiener Congress-Acte vom 9ten Juni 1815 wegen der Regulirung der Schiffahrt auf den Strömen der deutschen Bundes-Staaten ausgesprochenen allgemeinen Grundsätze mit denjenigen Staaten, deren Gebiet von dem Weser-Strome auf seinem schiffbaren Laufe berührt oder durchschnitten wird, unterm 10ten Septbr. 1823 eine Weser-Schiffahrts-Acte abgeschlossen worden, und Wir diese Acte unterm 24sten Novbr. desselben Jahrs ratificirt haben, auch die darüber ausgestellten Urkunden gegen diejenigen der übrigen Weser-Ufer-Staaten zu Minden unterm 14ten Januar d. J. ausgewechselt worden, übrigens aber mittelst getroffener Uebereinkunft festgesetzt ist, daß die in der Acte enthalte-

nen Bestimmungen vom 1sten Mai d. J. an in volle Wirksamkeit treten sollen, so wird diese Weser-Schiffahrts-Acte in Beziehung auf den §. 51. derselben hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und haben sich sämtliche Behörden, so wie ein Jeder, den es sonst angeht, danach auf das Genaueste zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheime = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 5ten März 1824.

Carl.



von Schmidt, Pfisfeld.

Weser = Schiffahrts = Acte.

In der Absicht, die in der Wiener Congress-Acte vom 9ten Jun. 1815, § 108 — 116 einschließlic, ausgesprochenen allgemeinen Grundsätze über die Schiffahrt der Flüsse, welche verschiedene Staaten in ihrem schiffbaren Laufe trennen oder durchströmen, auch bei der Weser, mit Berücksichtigung der daselbst vorkommenden besondern Verhältnisse, zur Ausführung zu bringen, haben die Staaten, deren Gebiet dieser Strom in seinem schiffbaren Laufe berührt oder durchschneidet, eine gemeinschaftliche Commission zu Minden sich vereinigen lassen, um alle für diesen Zweck erforderlichen Bestimmungen, im gemeinsamen Einverständnisse zu erwägen und festzustellen, und zwar haben

Er. Majestät der König von Preußen Allerhöchst-Ihren Regierungs-Rath, Dr. Carl Wilhelm Koppe;

Er. Majestät der König von Großbritannien und Irland, als König von Hannover, Allerhöchst-Ihren Hofrath und Ober-Zoll-Inspector Johann Friedrich Wilhelm Heiliger;

Er. Königl. Hoheit der Churfürst von Hessen Höchst = Ihren Geheimen = Regierungs = Rath, Dr. Wilhelm Ludwig Schrader;

Er. Majestät der König von Großbritannien und Irland, auch König von Hannover, als vormundschaftlicher Regent des Herzogthums Braunschweig, den Königl. Hannoverschen Hofrath und Ober-Zoll-Inspector Johann Fridrich Wilhelm Heiliger;

Er. Durchlaucht der Herzog von Oldenburg Höchst-

Ihren Regierung = Rath Carl Friedrich Ferdinand Euden;

Er. Durchlaucht der Fürst zur Lippe den Königl. Hannoverschen Hofrath und Ober = Zoll = Inspector Johann Friedrich Wilhelm Heiliger;

Der hohe Senat der freien Hanse-Stadt Bremen den Senator Dr. Friedrich Wilhelm Heineken zu bevollmächtigten Commissarien ernannt, welche, nach Auswechselung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Die Schifffahrt auf dem Weser = Strome soll, von seinem Ursprunge durch Zusammenfluß der Werra und Fulde bis ins offene Meer, und umgekehrt aus dem offenen Meere (sowohl stromauf = als niederwärts), in Bezug auf den Handel völlig frei seyn; jedoch bleibt die Schifffahrt von einem Ufer = Staate zum andern (cabotage) auf dem ganzen Strome ausschließend den Unterthanen derselben vorbehalten. Niemand darf sich dagegen den Vorschriften entziehen, welche für Handel und Schifffahrt in gegenwärtiger Convention enthalten sind.

§. 2.

Alle ausschließlichen Berechtigungen, Frachtfahrt auf der Weser zu treiben, oder aus solchen Privilegien hervorgegangene Begünstigungen, welche Schiffergilden oder anderen Corporationen und Individuen bisher zugestanden haben möchten, sind hiemit gänzlich aufgehoben, und es sollen dergleichen Berechtigungen auch in Zukunft Nieman =

den erteilt werden. Auf Fahren und andere Anstalten zur Ueberfahrt von einem Ufer zum gegenüberliegenden bezieht sich jedoch die allgemeine Schifffahrts-Ordnung nicht.

Eben so wenig auf diejenigen Schiffer und ihr Gewerbe, deren Fahrt sich bloß auf das Gebiet ihres eigenen Landesherrn beschränkt, und die vermöge der Schifffahrts-Polizei, welche jeder Staat nach Maaßgabe seiner Hoheit über den Strom ausübt, allein unter der Obrigkeit des Landes stehen, wo sie ihr Gewerbe treiben.

§. 3.

Alle bisher an der Weser bestandenen Stapel- und Zwangs-Umschlags-Rechte, namentlich die zu Bremen, Minden und Münden, sind hiedurch ohne Ausnahme für immer aufgehoben, und es kann aus diesem Grunde künftig kein Schiffer gezwungen werden, den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags zuwider, gegen seinen Willen aus- oder umzuladen.

§. 4.

Die Ausübung der Weser-Schifffahrt ist einem Jeden gestattet, welcher, mit geeigneten Fahrzeugen versehen, von seiner Landes-Obrigkeit, nach vorhergegangener Prüfung, hiezu die Erlaubniß erhalten hat.

Jede Regierung wird die nöthigen Maßregeln ergreifen, um sich der Fähigkeit derjenigen zu versichern, welchen sie die Weser-Schifffahrt gestattet. Der Erlaubniß-Schein (Patent), der hierüber dem Schiffer von seiner Landes-Obrigkeit durch die hiezu verordneten Behörden ausgefertigt wird, giebt ihm das Recht, auf der ganzen Strecke, von Münden bis in die offene See, und aus der offenen See bis Münden, die Schifffahrt auszuüben; so wie es sich von selbst versteht, daß Schiffer und Schiffe, welche aus der Weser ins Meer oder zurückfahren, dieje-

nigen Eigenschaften haben müssen, welche zu Seefahrten erforderlich sind.

Der Staat allein, auf dessen Gebiet ein Schiffer wohnt, hat das Recht, das ihm einmal ertheilte Schiffer-Patent wieder einzuziehen.

Diese Bestimmung schließt aber das Recht anderer Staaten nicht aus, den Schiffer, der eines auf ihrem Gebiete begangenen Vergehens beschuldigt wird, falls sie seiner habhaft werden, oder sie sonst eine Strafe an ihm vollstrecken können, zur Verantwortung und Strafe zu ziehen, auch, nach Beschaffenheit der Umstände, bei der Behörde zu veranlassen, daß sein Patent eingezogen werde.

§. 5.

Jedes zur Handels- Frachtfahrt auf der Weser dienende, dem Unterthanen eines der contrahirenden Staaten angehörige oder von ihm geführte Schiff soll mit der Angabe des Orts, wohin es gehört, einer für diesen Ort laufenden Nummer und der Lastenzahl, welche es höchstens tragen kann, auswärts deutlich versehen seyn.

§. 6.

Die ordentlichen Schiffszüge auf der Weser sollen vorläufig auch künftig, wie bisher, aus nicht mehr als drei Fahrzeugen bestehen, und diese die bisher üblich gewesene Ladungsfähigkeit nicht überschreiten dürfen.

§. 7.

Schießpulver in Quantitäten über 5 Pfund soll nur in besonderen, mit einer schwarzen, drei Ellen langen und eine Elle breiten Flagge versehenen Fahrzeugen geführt, und selbst in geringern Quantitäten niemals zwischen andere Waaren verpackt werden. Jeder Schiffer, welcher Schießpulver geladen hat, muß, bevor er irgendwo anlan-

det, der Orts-Polizei-Behörde hiervon Anzeige machen, und die von derselben etwa anzuordnenden Sicherheitsmaßregeln zur Befolgung gewärtigen. Versäumt er diese Anzeige, so unterliegt er da, wo nicht durch Landesgesetze bereits Strafen deshalb festgesetzt sind, außer der Verpflichtung zum eventuellen Schaden-Ersatz, einer Geldstrafe von 2 bis 100 Thaler.

§. 8.

Die Frachtpreise und alle übrigen Bedingungen des Transports beruhen lediglich auf der freien Uebereinkunft des Schiffers und des Versenders oder dessen Committenten, und sollen von Zeit zu Zeit durch den Druck bekannt gemacht werden.

§. 9.

Durch die §. §. 4—8 einschließlich hat der direct aus der See kommenden oder direct dahin gehenden Schifffahrt keine neue Beschränkung auferlegt werden sollen.

§. 10.

Es bleibt dem Handelsstande zweier oder mehrerer Weserpläze überlassen, mit einer beliebigen Anzahl qualificirter Schiffer über Frachtpreise, Lieferungszeiten und andere Bedingungen ihres gegenseitigen Verkehrs Contracte auf bestimmte Zeiten, doch jedesmal höchstens auf fünf Jahre, abzuschließen, und solchergestalt Reihefahrten unter sich zu errichten, welche dem Kaufmann billige Fracht und dem Schiffer schnelle Befrachtung sichern.

§. 11.

Bei solchen Reihefahrten wird jedoch zu ihrer Gültigkeit Folgendes vorausgesetzt:

- 1) Niemand, weder Kaufmann noch Schiffer, kann ge-
nöthigt werden, sich denselben anzuschließen.
- 2) Der Inhalt ihrer Reglements darf nirgends mit ge-
genwärtiger Acte im Widerspruche stehen.
- 3) Die Reglements müssen den Regierungen der Orte,
zwischen welchen die Reihesfahrt Statt finden soll, zu
ihrer Genehmigung vorgelegt und demnächst öffent-
lich im Drucke bekannt gemacht werden. Die Ge-
nehmigung wird nur dann versagt werden, wenn die
Bedingungen der Reihesfahrt mit gegenwärtiger Con-
vention oder den landesherrlichen Gesetzen im Wider-
spruche stehen.
- 4) Die contrahirenden Staaten können verlangen, daß
ihre Schiffer in einer dem Verhältnisse der verschiede-
nen Territorial-Uferlängen entsprechenden Anzahl
bei den Reihesfahrten zugelassen werden.

Doch soll hinsichtlich der gegenwärtig angenom-
menen Reiheschiffer diese Bestimmung erst nach Aus-
sterben oder sonstigem Abgange derselben in Kraft
treten, dann aber für Lippe das Doppelte seines
principmäßigen Theilnahme-Verhältnisses, für Bre-
men aber ein Schiffer auf jede der jetzt bestehenden
drei Reihesfahrten zugestanden seyn.

- 5) Bei den Reihesfahrten soll es den Schiffen, unbeschä-
det jedoch ihrer contractmäßigen Verpflichtung zu
bestimmter Ablieferungs-Frist im einzelnen Falle, nicht
untersagt werden können, zu Huterbergen, Min-
den, Blotho, Erder, Rinteln, Hameln,
Bodenwerder, Holzminden, Hörter und
Carls hafen Güter einzunehmen, und am Bestim-
mungs-Orte wieder auszuladen.
- 6) Wo auf der Stromstrecke zwischen Bremen und Stol-

genau die Reiheschiffer Vorspann bedürfen, soll selbiger auf dem Streckentheile zwischen Bremen und Hoya zu $\frac{2}{3}$ von Hannoverschen und zu $\frac{1}{3}$ von Bremischen Unterthanen, auf dem Streckentheile zwischen Hoya und Stolzenau aber ausschließlich von Hannoverschen Unterthanen genommen werden müssen, beides jedoch mit freier Auswahl unter allen respectiven Unterthanen und in freier Einigung über den Gestellungspreis.

§. 12.

Bei allen nach gegenwärtiger Acte erforderlichen Längemaß-Bestimmungen wird der Bremer Fuß ($1 = 289\frac{7}{20}$ Millimeter oder $128\frac{268}{1000}$ Pariser Linien) und bei den Gewichts-Bestimmungen das Schiffspfund zu 300 Bremer Pfunden ($1 = \frac{1}{2}$ Kilogramm — 3 pr. mille) nach den übrigens in der Anlage A. gegebenen Verhältnissen zum Grunde gelegt.

§. 13.

Alle durch gegenwärtige Acte verordneten Zahlungen sind in Conventions-Münze nach dem Zwanzig-Gulden-Fuße zu berechnen, und werden nach den Bestimmungen des sub B. anliegenden Tarifs geleistet.

II. Von den Abgaben.

§. 14.

Sämmtliche bisher auf der Weser bestandenen Zollabgaben, so wie auch jede unter was immer für Namen bekannte Erhebungen und Auflagen, womit die Schifffahrt dieses Flusses von seinem Ursprunge durch Vereinigung der Werra und Fulde bis in die offene See, und umgekehrt, bisher belastet war, hören hiemit auf, und werden

in eine allgemeine Schifffahrts-Abgabe verwandelt, die von den Ladungen bei den durch gegenwärtige Convention festgesetzten Erhebungs-Ämtern entrichtet werden muß.

Diese Abgabe, welche weder im Ganzen noch theilweise in Pacht gegeben werden darf, wird unter dem Namen „Weserzoll“ (und zwar nach dem Brutto-Gewichte) erhoben, mit Ausnahme der im §. 18. bezeichneten Fälle.

§ 15.

Für den Lauf der Weser, von ihrem Ursprunge bis Bremen einschließlich und umgekehrt, sollen überhaupt nicht mehr als Dreihundert und Fünfzehn Pfennige Conventions-Münze von jedem Schiffsfunde ad 300 Pfund Bremisch an Weserzoll erhoben werden; und zwar von

Preußen	59 Pf.
Hannover	126 „
Kurhessen	41 „
Braunschweig	16 „
Lippe	13 „
Bremen	60 „

= 315 Pf.

Von Bremen bis ins offene Meer und umgekehrt findet weder Zoll- noch sonstige Abgaben-Erhebung Statt.

§. 16.

Die Erhebung geschieht lediglich an den in der Anlage C. benannten Empfangsstätten: Bremen, Drene, Stolzenau, Minden, Erder, Rinteln, Hameln, Holzminden, Beverungen, Lauenförde und Gieselwerder, und in den daselbst angegebenen Verhältnissen.

§. 17.

Um jedoch die innere Industrie und die Ausfuhr der Landesproducte zu befördern, und zugleich den Verkehr der ersten Lebensbedürfnisse zu begünstigen und mehrere Gegenstände von großem Gewichte und geringem Werthe zu erleichtern, soll rücksichtlich dieser folgende verhältnißmäßige Herabsetzung Statt finden.

I. Auf die Hälfte des Beserzolls.

Blut, Bolus, Braunstein, Eier, Eisen (altes), Erdzeug und gemeine Töpferwaaren, Erze (rohe, mit Ausschluß von Galmei und Zinnober), Fische (lebendige und grüne), Gartengewächse (mit Ausnahme von Samereien, Bohnen, Witsbohnen und Kartoffeln), Glasgalle, Holzkohlen, Knicker, Kreide, (ganze und gemahlene), Leinsaat, Milch, Obst (grünes), Oker, Pech, Rappsaat, Schmelztiegel, Schmirgel, Theer, Trippel, Wachholderbeeren, Zunder und Feuerschwamm.

II. Auf ein Viertel.

Asche (unausgelaugte) auch Aschenkalk, Bohnen (außer Witsbohnen), Eichenborke (ganze und gemahlene) Erbsen, Getraide aller Art, Malz, Gras, Heu, Hohlglas (grünes und Apothekerglas), Kartoffeln, Muschelskalk, Schilf und Dachrohr, Stroh, Traß und Cement, Thon- auch Zuckerbäcker- und Pfeifen-Erde, Wicken; ferner alles inländische (Nord-Europäische) Bau- und geschnittene Nutzholz, von welcher Gattung es auch seyn mag, z. B. Eichen-, Buchen-, Tannen-, Föhren-, Birken-, Eschen-, Erlen-, Espen-, Linden-, Pappel-, Weiden-, Kirsch-, Nuß-, Birn-, Pflaumenbaumholz, mit Einschluß der sogenannten gröbern Holzwaaren, jedoch mit Ausschluß der zu $\frac{1}{8}$ oder $\frac{1}{24}$ des Normalsatzes tarificirten geringern Holzsorten. (Ausländische Holzgattungen für Tischler, als Mahagoni-, Zuckerkisten-, Eben-,

Rosenholz u. dergl., wie auch die Färbehölzer, unterliegen dem vollen Normalsatze.)

III. Auf ein Achtel.

Kalk und Gyps, Decken, Packmatten von Schilf und Bast, Steine (gebrannte Mauer- und Ziegelsteine, Mühl-, Schleif-, Solinger-Steine) auch aus gemeinem inländischen Material gefertigte steinerne Kümpe, Tröge, Krippen, Leichensteine u. dergl.; ferner alle inländischen geringern Holzsorten, von welcher Gattung sie auch seyn mögen (mit alleiniger Ausnahme des nur zu $\frac{1}{24}$ des Normalsatzes tarificirten Busch- und Faschinen-Holzes und der Schlagt- und Zaunpfähle) z. B. Brennholz in Faden oder Klastern, Bandholz zu Braubottichen und Sonnen-Bändern, Ruthenholz zu Körben u. dergl., Flechtwerk.

IV. Auf ein Vier und Zwanzigstel.

Asche (ausgelaugte), Austern und Muschelschaalen, Glasscherben, Kohlen (Braun- und Stein-), Mergel, Mist und Dünger, Sand, auch Grand, Kiesel und alle gemeine Erde, Steine (Bruch- und Feld-), Torf; ferner Busch- und Faschinenholz zu Wasserbauten und Zäunen, Schlagt- und Zaunpfähle.

§. 18.

Von lebendigen vierfüßigen Thieren soll der Weserzoll mit 4 Pfennigen pro Stück, von lebendigen Vögeln mit 1 Pf. pro Stück und von Bäumen zum Verpflanzen mit 4 Pf. pro Schock an jeder passirten Empfangsstätte erhoben werden.

§. 19.

Leer passirende Schiffe, auch die neuen und zum Verkauf bestimmten, sind gänzlich frei.

§. 20.

Es bleibt zwar den Schiffen unbenommen, von allen Waaren, welche sie führen, auch von denjenigen, welche im Handel gewöhnlich nicht nach dem Gewichte verkauft zu werden pflegen, ihr wirkliches, der Entrichtung des Weserzollcs zum Grunde zu legendes Gewicht gehörig beglaubigt nachzuweisen, in Ermangelung solcher Nachweisung soll aber für die letztgedachten Waaren der in Anlage D. ausgeworfene Normal-Gewichts-Satz, bis auf anderweitige gemeinsame Bestimmung, angenommen werden.

§. 21.

Die Befugniß für jede Empfangsstätte zur Erhebung des ihr zugewiesenen Weserzolls wird dadurch begründet, daß die Ladung wirklich bei ihr vorüber geführt wird, von welcher erhoben werden soll.

§. 22.

Außer den durch gegenwärtige Uebereinkunft festgesetzten Gefällen, sollen auf der Weser keine anderen weiter gefordert oder erhoben werden; auch übernehmen die pacifizirenden Staaten die förmliche Verpflichtung, die festgesetzten Abgaben nicht anders als in gemeinschaftlicher Uebereinkunft zu erhöhen.

§. 23.

Unter den Abgaben, wovon die Artikel 15 bis 22. einschließlicb handeln, sind nicht begriffen:

- 1) Die Eingangs-, Ausgangs- und Verbrauchs-Steuern, mit welchen einem jeden Staate das Recht verbleibt, die in sein eigenes Landesgebiet ein- und aus demselben zu führenden Waaren, sobald sie respectiv den Fluß verlassen haben oder noch nicht auf den Fluß gekommen sind, nach seiner Handelspolitik zu belegen;

2) Die Hafen-, Krahn-, Waage- und Niederlage-Gebühren in den Handelsplätzen, wovon jedoch alle Führer von solchen Schiffen, die auf der Weser oder ihren Nebenflüssen zu Hause gehören, nicht mehr als der Inländer bezahlen sollen. Auch sollen die Zahlungssätze dieser Gebühren fest bestimmt, zur Kenntniß des Publicums gebracht und nur von denjenigen gefordert werden, welche sich der vorhandenen Anstalten bedienen.

Für den Dienst der Lootsen hat es bei den in jedem Staate gegebenen oder zu gebenden Bestimmungen, und für die Gebühren, welche sie zu fordern berechtigt sind, bei der gegebenen oder zu gebenden Tarordnung mit der Maßgabe sein Bewenden, daß keinem Unterthan der contrahirenden Staaten eine lästigere Verpflichtung als dem Inländer auferlegt werde.

§. 24.

Beamte, welche sich unterfangen würden, irgend etwas an Geld oder Naturalien in ihren Privatnußen von der transitirenden Schifffahrt zu erheben, sollen, außer der Erstattung des ungebührlich Erhobenen, nachdrücklich gestraft werden.

III. Von der Controlle.

§. 25.

Alle Waaren werden bei Entrichtung des Weserzolls in der Regel zu demjenigen Gewichte angenommen, welches das in gehöriger Form vorgezeigte Ladungs-Manifest (§. 39.), allenfalls mit Zuziehung der vorstehend §. 20. erörterten Normal-Gewichts-Bestimmung, beurkundet.

§. 26.

Jeder Staat hat das Recht, die Uebereinstimmung der Manifeste mit dem wirklichen Inhalte der Ladung, theils durch genaue Prüfung der ersteren in Bezug auf Anwesenheit aller dabei vorgeschriebenen Formen, theils durch generelle Revision, theils durch Nachwägung und selbst durch materielle Verification der letztern auf jeder durch das Schiff passirten Erhebungsstätte des Weserzolls, zu constatiren.

Es ist aber vereinbart worden, der Nachwägung und materiellen Verification nur in folgenden Fällen Anwendung zu geben:

- 1) Wenn der Führer einer verpackten Ladung für dieselbe, ganz oder theilweise, die geringere Verzollung nach einem Bruchtheile des Normal-Satzes in Anspruch nimmt, rücksichtlich der Waaren, auf welche der Anspruch gerichtet ist. (§. 31.)
- 2) Wenn gegen den Schiffsführer der Verdacht beabsichtigter Defraudation des Weserzolls oder der innern Zoll- und Consumtions-Abgaben des betreffenden Staats begründet ist.
- 3) Wenn zwar die Gattung, aber die das innere Steuersystem des betreffenden Staats interessirende Art der Waaren entweder gar nicht, oder doch nur schwankend, angegeben ist; jedoch in diesem Falle nur in Bezug auf die so angegebenen Waaren.

§. 27.

Die Begründung des Verdachts (§. 26. No. 2.) soll angenommen werden:

- 1) Wenn das Ladungsmanifest sich nicht in gehöriger Form befindet, oder dem Verdacht einer damit vorgenommenen Verfälschung unterliegt.

- 2) Wenn eine generelle Revision der Ladung erhebliche und begründete Zweifel gegen die Richtigkeit des Manifestes veranlaßt.
- 3) Wenn der Schiffer auf dem, nicht etwa durch augenscheinlichen Nothstand und Beobachtung der für diesen Fall vorgeschriebenen Maßregeln gerechtfertigten Versuche einer Anlegung an verbotenen Uferstellen oder gar einer vorher nicht angezeigten Ein- oder Ausladung sich betreten läßt.

§. 28.

Für jede, den Weserzoll nach vollem Normalsatz entrichtende, von einem Orte zum andern auf der Weser lediglich transitirende Schiffsladung ist also zur Abfertigung an jeder dazwischen liegenden Erhebungsstätte in der Regel nichts weiter erforderlich, als

- 1) Beibringung des nach der weiter unten vorgeschriebenen Form eingerichteten Ladungsmanifestes abseiten des Schiffers, und Prüfung abseiten der Behörde, ob jene Form überall beobachtet worden.
- 2) Generelle, d. h. ohne Deffnung und so viel als möglich ohne Verrückung der Colli vorzunehmende, Revision der Ladung durch den Erheber, zur Ermittlung des §. 27. 2. erwähnten Verdachtsgrundes.
- 3) Zahlung des tarifmäßigen Weserzolls nach dem Normalsatz pro Schiffpfund des im Manifeste angegebenen und als richtig anerkannten Ladungsgewichts.
- 4) Bemerkung der anerkannten Richtigkeit und geleisteten Zahlung, so wie des Tages und der Stunde der Ankunft und Abfertigung, auf dem Manifeste von Seiten der betreffenden Behörde.
- 5) Ausstellung einer besondern, beständig in den Händen des Schiffers bleibenden und zu seiner Legitimation dienenden Quittung, nach dem Schema in Anlage E.

§. 29.

Die im vorstehenden §. beschriebenen Abfertigungen soll jede Empfangsbehörde so schnell als möglich, und spätestens binnen drei Stunden für jeden Schiffszug, nach erhaltener Anzeige von dessen Anwesenheit, bei 5 Rthlr. Ordnungsstrafe für jeden Contraventionsfall, zu bewirken verpflichtet seyn; jedoch nur zwischen Sonnen-Auf- und Untergange und dergestalt, daß, wenn mehrere Schiffszüge zugleich ankommen, die Frist für jeden folgenden erst von der beendigten Abfertigung des vorangehenden läuft. Die Schiffer können indessen nur dann verlangen, daß die Abfertigung in drei Stunden geschehe, wenn sie eine richtige Abschrift des Manifestes bei dem ersten Zollamte eines jeden Staats übergeben. Im entgegengesetzten Falle muß derjenige Zeitraum hinzutreten, welcher zur Anfertigung einer Abschrift erforderlich ist.

Nachweisungen und materielle Verifikationen sollen den im §. 28. beschriebenen Abfertigungen jederzeit nachstehen.

§. 30.

Jeder Empfangsbeamte, welcher, durch einen bei seiner generellen Ladungs-Revision nach §§. 27. 2. und 28. 2. gegen die Richtigkeit des Manifestes ihm aufstoßenden Verdacht, zur Anstellung einer Nachwägung oder materiellen Verifikation der ganzen Ladung oder eines Theils derselben sich veranlaßt findet, muß die Dringlichkeit und Erheblichkeit seines Verdachts nachher, auf Erfordern, zu justificiren im Stande seyn, bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe.

§. 31.

Wenn der Führer einer Schiffsladung Waaren, welche nach §. 17. nur einem Bruchtheile des Normalsatzes

unterworfen sind, bei sich zu haben declarirt und für selbige den betreffenden geringern Tariffatz in Anspruch nimmt: so ist er verbunden, der Empfangsbehörde die vollständige Ueberzeugung zu verschaffen, daß jene Waaren wirklich diejenigen sind, wofür er sie ausgiebt. Es ist also hinsichtlich ihrer die Behörde zur materiellen Verifikation mit Darlegung und Oeffnung der einzelnen Colli berechtigt. Sache des Schiffers bleibt es, seine Ladung so einzurichten, daß die Ueberzeugung von wirklicher Anwesenheit der zum geringern Tariffatze berechtigten und declarirten Waare — als worauf es hier allein ankommt — der Behörde auf die kürzeste und einfachste Weise gewährt werden könne.

§. 32.

Wo die materielle Verifikation aus der angegebenen Ursache Statt findet, soll sie unfehlbar binnen drei Stunden, nachdem zur Abfertigung des Schiffers geschritten worden, angefangen und nach Möglichkeit beschleunigt werden.

§. 33.

Wenn das Schiff rein transitirt, ohne Ab- und Zuladung: so soll eine materielle Verifikation wegen der zum geringern Tariffatz angemeldeten Waaren jedenfalls nur Einmal in jedem Territorium vorgenommen werden, und ihr auf dem Manifeste verzeichnetes Resultat bei allen übrigen Empfangsstätten desselben Gebiets für richtig gelten.

§. 34.

Nachwägungen oder materielle Verifikationen, welche wegen sich ergebenden Verdachts einer Unrichtigkeit des Manifestes vorgenommen werden, sollen gleichfalls in der §. 32. angegebenen Art geschehen. Hat sich aber das

Manifest als unrichtig ergeben, so existirt die Vermuthung beabsichtigter Defraudation nicht nur des Beserzolls, sondern auch der innern Zoll- und Verbrauchssteuer des betreffenden Staats mit allen ihren gesetzlichen Folgen; jedoch nur in Bezug auf den Schiffer und den unrichtig declarirt befundenen Theil seiner Ladung.

§. 35.

Materielle Verifikationen, welche nach §. 27. 3. wegen begründeten Verdachts einer Contravention gegen das innere Zoll- und Verbrauchs-Steuer-System eines Territoriums Statt finden müssen, werden nach den Gesetzen dieses Systems behandelt.

§. 36.

Das Resultat aller geschehenen Nachwägungen oder materiellen Verifikationen, so wie, bei den zum geringern Tariffsaße declarirten Waaren, der danach geleisteten Zahlung, wird von jeder Zollstätte auf dem Manifeste bemerkt.

§. 37.

Wenn die Bestimmung eines Schiffes auf derselben Fahrt successiv an mehrere Orte lautet, wo es ein- oder ausladen soll: so muß an jedem derselben das Gewicht der geschehenen Ein- oder Ausladung für jedes Colli durch die dazu ernannte Behörde, welche die contrahirenden Staaten sich gegenseitig bekannt machen werden, auf dem Manifeste certificirt werden. Das nächstfolgende Erhebungsamt prüft die formelle Richtigkeit dieses Certificats, und verfährt dann übrigen nach den betreffenden vorstehenden Bestimmungen.

§. 38.

Ausladungen dürfen überhaupt nur in Gemäßheit der

Declarationen des Manifestes vom Orte der Einladung oder einer etwa bei dem zunächst berührt werdenden Zollamte nachträglich beigebrachten glaubwürdigen Abänderung seiner desfalligen Bestimmung, immer jedoch nur an den dazu gesetzlich verstatteten Orten und unter Aufsicht der dazu ernannten Behörden, geschehen. Das Gefäß muß seine Abfertigung von der Land-Zoll- und Steuerbehörde, welche jedoch jederzeit nach Möglichkeit beschleunigt werden soll, auf der Anlegestelle abwarten, ohne, evidenten Nothstand ausgenommen, seinen Platz verändern zu dürfen. Ist Leichterung erforderlich, und sollen dazu Fahrzeuge genommen werden, die nicht zum Schiffszuge selbst gehören: so müssen deren Führer zuvor bei der nächsten Ortsbehörde desjenigen Gebiets, wo die Leichterung geschieht, Anzeige davon machen. Jeder Verstoß gegen die Vorschriften dieses §. begründet den Verdacht einer Defraude gegen das Land-Zoll- und Steuer-System des betreffenden Staats und seine gesetzlichen Folgen.

§. 39.

Die zur Legitimation des Schiffers an den Erhebungsstätten dienenden, in den vorstehenden §§. erwähnten Ladungsmanifeste sollen nach dem sub F. anliegenden und beispielsweise ausgefüllten Schema, unter Richtigkeits-Attest der dazu von jedem Staate ernannten und den übrigen Staaten bekannt zu machenden Behörde, abgefaßt und in der Regel am Einladungsorte genommen werden. Schiffer jedoch, welche mit einer aus Seeschiffen unmittelbar gehobenen Ladung bei Bremen vorbei aufwärts transitiren wollen, haben die Wahl, entweder an einem Ladungsplatze unterhalb Bremen, oder erst zu Bremen selbst ihr Manifest sich ausstellen zu lassen. Eine gleiche Wahl zwischen einer unterhalb Bremen oder zu Bremen befindlichen Behörde soll Schiffern, welche in die Weser

einkommen und etwa mit ihrer Ladung Bremen vorbei aufwärts transitiren wollten, zustehen.

Am letzten Ausladungsorte wird, nach gehöriger Verification, das Manifest zu den Acten der angeordneten Behörde gegeben und daselbst aufbewahrt.

Der zur directen Ueberladung in Seeschiffe, oder auch etwa zur eigenen Weiterführung in See oder über die Watten, stromabwärts transitirende Schiffer muß bei 50 Rthlr. Strafe, entweder zu Bremen oder an einem der unterhalb Bremen am Ufer befindlichen Ladungsplätze sein Manifest bei der Behörde deponiren und der Schlußverification sich unterwerfen; wofür er jedoch, eben so wie in den vorgedachten Fällen bei der Auffahrt, etwanige Krahn- und Waagegebühren ausgenommen, nichts zu bezahlen hat.

Besteht die Ladung eines Schiffes in Holz, oder ist es ein Floß: so muß das Manifest ein genaues Verzeichniß aller bei sich führenden Stämme und andern Holzsorten, mit Bemerkung des cubischen Inhalts, enthalten.

§. 40.

Jeder der contrahirenden Staaten hat das Recht, Plätze innerhalb seines Gebiets zu bestimmen, an denen allein überhaupt angelegt werden darf, auch wenn von keiner Ab- oder Zuladung die Rede ist. Jede Anlegung an einem nicht dazu verstatteten Orte — den einzigen Fall augenscheinlichen und sofort bei der nächsten Orts-Behörde des betreffenden Staats angemeldeten Nothstandes ausgenommen — begründet den Verdacht beabsichtigter Defraudation des innern Zoll- und Steuer-Systems und seine gesetzlichen Folgen. Von den in einem jeden Staate verstatteten Liege- und Ladeplätzen muß ein Verzeichniß in jeder Zollstätte des betreffenden Staats angeschlagen werden.

§. 41.

Jeder der contrahirenden Staaten hat das Recht, in Fällen, wo er für das Interesse seiner Landzölle oder Verbrauchssteuern es nützlich erachtet, innerhalb seines Gebiets einen Begleiter auf transitirende Schiffe zu setzen. Doch darf aus Anwendung dieser Maßregel für den Schiffer weder irgend ein durch gegenwärtige Acte nicht gerechtfertigter Aufenthalt, noch irgend eine Ausgabe, noch irgend eine nicht ohnehin schon ihn gesetzlich treffende Beschränkung erwachsen.

Diejenigen Staaten, welche eine solche Begleitung für nöthig erachten, werden, wenn die Aufnahme oder die Entlassung der Begleiter an andern Puncten, als in den Zollstätten, erforderlich ist, die Orte bekannt machen, wo solche erfolgen solle. Der Schiffer ist verpflichtet, dort anzulegen, und, nach erfolgter Anmeldung, eine Stunde auf Ankunft oder Abgang der Begleiter zu warten.

IV. Von den Maßregeln gegen natürliche Schiffsfahrts-Hindernisse und Unglücksfälle.

§. 42.

Alle Staaten, welche eine Hoheit über das Strom-
 bette der Weser ausüben, verpflichten sich, jeder in den
 Gränzen seines Gebiets, alle im Fahrwasser der Weser sich
 findenden Schiffsfahrts-Hindernisse ohne allen Verzug auf ihre
 Kosten wegräumen zu lassen und keine die Sicherheit der
 Schifffahrt gefährdenden Strom- oder Uferbauten zu ge-
 statten.

Für die Fälle, wo die gegenüberliegenden Ufer ver-
 schiedenen Landesherren gehören, sind die contrahirenden
 Staaten übereingekommen, es bei der bisherigen Obser-
 vanz zu lassen, vorkommende Beschwerden aber bei der
 Revisions-Commission zur Sprache zu bringen.

§. 43.

Sollte ein Schiff oder dessen Mannschaft verunglücken: so sind die Orts=Obrigkeiten verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die erforderlichen Rettungs= und Sicherungs=Anstalten so schnell als möglich getroffen werden. Zu diesem Ende machen die contrahirenden Staaten sich anheischig, die Local=Behörden mit den nöthigen allgemeinen Instructionen im Voraus zu versehen, und die deshalb bestehenden besondern Verordnungen zu erneuern.

Sollte ein Strandrecht irgendwo an der Weser ausgeübt werden, so wird solches hiedurch für immer aufgehoben.

V. Vom Lein = Pfade.

§. 44.

Alle Staaten, welche eine Hoheit über das Strom= bette der Weser ausüben, machen sich anheischig, eine besondere Sorgfalt darauf zu verwenden, daß auf ihrem Gebiete der Leinpfad überall in guten Stand gesetzt, darin erhalten und, so oft es nöthig seyn wird, ohne einigen Aufschub, auf Kosten desjenigen, den es angeht, wieder hergestellt werde, damit in dieser Beziehung der Schiff= fahrt nie ein Hinderniß entgegenstehe.

§. 45.

Hingegen sollen die Schiffer, bei eigener Verantwortlichkeit zum Schadens=Erseß und angemessener Polizeistrafe, dafür haften, daß durch ihre Pferdetreiber vom Leinpfade überall kein anderer Gebrauch, als eben der zum Linienzuge erforderliche, gemacht und auch in der Nachbarschaft desselben kein Schade verübt werde. Sie haben die in dieser Hinsicht von den einzelnen Uferstaaten etwa zu erlassenden Spezial=Polizei=Reglements zu befolgen,

welche übrigens mit keiner ausdrücklichen Bestimmung der gegenwärtigen Acte im Widerspruche stehen dürfen.

§. 46.

Es wird gänzlich der freien Wahl der Schiffer überlassen, an welchen und bis zu welchen Orten und von den Unterthanen welches der contrahirenden Staaten sie ihre Linienzugskräfte an Pferden oder Menschen, in freier Vereinigung über den Gestellungspreis, dingen wollen und können, mit einziger Ausnahme der diese Regel theilweise beschränkenden Bestimmung im §. 11 Nro. 6.

§. 47.

Ob, wie in einigen der contrahirenden Staaten bisher die Gewohnheit bestanden hat, die Linienzüge zur leichteren Verhütung und eventuell zur Taxation vorkommender Beschädigungen durch Achtsleute auch fernerhin begleitet werden sollen, hängt zwar vom Ermeßsen jedes Uferstaats ab; doch ist vereinbart, daß künftig durch solche Begleitung den Schiffen weder irgend eine Ausgabe noch irgend ein Aufenthalt verursacht werden darf.

§. 48.

Die Ueberführung der Linienzugspferde von einem Ufer auf das andere ist Sache des Schiffers, darf aber nur an den dazu verordneten Plätzen geschehen.

VI. Von den Nebenflüssen.

§. 49.

Die Anwendung oder Ausdehnung der Bestimmungen dieser Convention auf Nebenflüsse, welche das Gebiet verschiedener Staaten trennen oder durchströmen, so weit

nicht besondere Umstände entgegen stehen, bleibt den betreffenden Staaten zum besondern Abkommen überlassen.

VII. Von Ausführung der Weser-Schifffahrts-Acte und künftige Revision derselben.

§. 50.

So weit durch gegenwärtige Convention Bestimmungen getroffen sind, hat es bei derselben, ohne Rücksicht auf bisher bestehende Special-Verträge, Gesetze, Verordnungen, Privilegien und Gebräuche, sein alleiniges Bewenden.

§. 51.

Diese Schifffahrts-Acte soll, nach erfolgter Ratification, von allen contrahirenden Staaten öffentlich durch den Druck bekannt gemacht werden, und mit dem 1sten März 1824 in volle Wirksamkeit treten.

§. 52.

Ein im Orte des Zollamts oder möglichst nahe wohnender, dem richterlichen Dienste vorstehender Beamter soll zur summarischen Behandlung und Entscheidung folgender Gegenstände bestellt und verpflichtet werden:

- 1) über alle Zoll-Contraventionen und die hiedurch verwirkten Strafen, insofern der Schiffer denselben sich nicht freiwillig unterwirft;
- 2) über Streitigkeiten wegen Zahlung der Zoll-, Krahn-, Waage-, Hafen- und dergleichen Gebühren und deren Betrag;
- 3) über die von Privatpersonen unternommene Hemmung des Leinpfades;
- 4) über die beim Schiffsziehen veranlaßte Beschädigung an Wiesen und Feldern, so wie überhaupt jeden

Schaden, den Flößer oder Schiffer während der Fahrt oder beim Anlanden durch ihre Fahrlässigkeit Andern verursacht haben möchten;

- 5) über den Betrag der Vergelöhne und andere Hülfsvergütungen in Unglücksfällen, insofern die Interessenten darüber nicht einig sind.

Namen und Wohnort des Zollrichters sollen in der Zollstätte angeschlagen werden.

§. 53.

Auch verbinden sich die contrahirenden Staaten, den dazu angeordneten Zollbeamten und Zollrichtern die Weisung zu ertheilen, daß, wenn ein oder mehrere Zollbeamten eines der andern Staaten bei ihm darauf antragen sollten, die Schiffer anzuhalten, um die Nachbezahlung der umgangenen Gebühren zu bewirken, welche, im Falle eines Widerspruchs von Seiten des Schiffers, immer nur auf den Grund der Entscheidung eines competenten Zollrichters erfolgen kann, diesem Ansuchen gewillfahret werden soll; so wie auch auf Verlangen die Resultate der vorgenommenen Revisionen längs des ganzen Weserstroms und jede andere gewünschte Auskunft einander bereitwilligst mitzutheilen.

§. 54.

Nachdem gegenwärtige Convention in Wirksamkeit getreten seyn wird, soll sich von Zeit zu Zeit eine Revisions-Commission in irgend einer der an der Weser belegenen Städte vereinigen, zu welcher von jedem der contrahirenden Staaten ein Bevollmächtigter delegirt und deren Vorsitz durch Stimmenmehrheit bestimmt wird. Der Zweck, und die Wirksamkeit dieser Revisions-Commission sind, sich von der vollständigen Beobachtung der gegenwärtigen Convention zu überzeugen und einen bleibenden

Vereinigungspunct zwischen den contrahirenden Staaten zu bilden, um Abstellung von Beschwerden zu veranlassen, auch Veranstaltungen und Maßregeln, welche, nach neuerer Erfahrung, Handel und Schiffahrt ferner erleichtern können, zu berathen. Diese wird jeder Bevollmächtigte bei seiner Regierung, zur Bewirkung eines Beschlusses, in Vorschlag bringen.

Die erste dieser Revisions-Commissionen wird, unmittelbar nach Ablauf des ersten Jahrs der Wirksamkeit dieser Acte, zu Bremen sich versammeln; Zeit und Ort der nächstfolgenden aber jedesmal durch die nächst vorhergehende bestimmt werden.

§. 55.

Die vorbehaltenen Ratificationen des gegenwärtigen Vortrags sollen spätestens binnen Drei Monaten, vom heutigen Tage angerechnet, gegen einander ausgetauscht werden.

Zu Urkunde dessen ist diese Schiffahrts-Acte von sämtlichen Bevollmächtigten ihrer Allerhöchsten, Höchsten und Hohen Committenten unterzeichnet und mit ihren Privat-Siegeln bedruckt worden.

So geschehen Minden, den 10ten Septemb. 1823.

(L. S.) Dr. Carl Wilhelm Koppe.

(L. S.) Johann Friedrich Wilhelm Heiliger,
für Hannover.

(L. S.) Dr. Wilhelm Ludwig Schrader.

(L. S.) Johann Friedrich Wilhelm Heiliger,
für Braunschweig.

(L. S.) Carl Friedrich Ferdinand Suden.

(L. S.) Johann Friedrich Wilhelm Heiliger,
für Lippe.

(L. S.) Dr. Friedrich Wilhelm Heineken.

Anlage A.**V e r h ä l t n i s s e**

der
im §. 12. gegebenen Längen = Maaße und Ge-
wichts = Bestimmungen.

Der Bremer Fuß verhält sich zum	{	Preussischen Fuße	13,913:	12,820.
		Rheinländischen	51:	47.
		Kalenbergisch. od. Hannov.	1,000:	991.
		Kurhessischen	187:	188.
		Braunschweigischen	986:	1,000.
		Oldenburgischen	133:	130.
		Lippeschen	1,000:	1,005.
<hr/>				
Das Bremer Pfund ver- hält sich zum	{	Preussischen Pfunde	777:	827.
		Hannoverschen	490:	497.
		Kurhessischen	5,057:	5,190.
		Braunschweigischen	1,000:	1,068.
		Oldenburgischen	100:	103½.
		Lippeschen	100:	107.

Anlage B.**Münz = Valuations = Tabelle**

für den Weser = Zoll Empfang.

Nur nachbenannte Münzen, und zwar die Silber-
münzen zum nebenbenannten Werthe, ist jede Empfangs-
Stätte bei Zahlung des Weserzolls anzunehmen verpflich-
tet, jedoch von denselben auch nur diejenigen, welche im
Gebiete des Staats, dem sie angehören, als Landes-
Münze cursiren.

A. Silber = Münzen.

1) Nach dem 18 Gulden = Fuß.

	In Conv. Münze.		
	Rthlr.	Ggr.	Pf.
Gulden oder neue $\frac{2}{3}$	—	17	—
Holländische Gulden	—	13	—
Halbe Gulden oder $\frac{1}{3}$ Stücke	—	8	9
Vier Groschen oder $\frac{1}{6}$ Stücke	—	4	4
Zwei Groschen oder vier Schillinge oder $\frac{1}{12}$ Stücke	—	2	2

2) Nach dem 20 Gulden = Fuß.

Speciesthaler (Oesterreichische, Sächsische und die ihnen gleich sind)	1	8	—
Gulden oder $\frac{2}{3}$ Stücke	—	16	—
Halbe Gulden oder $\frac{1}{3}$ Stücke	—	8	—
Vier Groschen oder $\frac{1}{6}$ Stücke	—	4	—
Zwei Groschen oder $\frac{1}{12}$ Stücke	—	2	—
Zwanzig Kreuzer = Stücke (Oesterreichische, Baiersche, Württembergische)	—	5	4
Zehn Kreuzer = Stücke (Oesterreichische)	—	2	8

3) Nach dem 21 Gulden = Fuß.

Alles Preussische Courant von $\frac{1}{1}$ Stücken bis incl. $\frac{1}{12}$ Stücke mit einem Aufgelde von 5 pr. C.

B. Gold = Münzen.

Dukaten (Oesterreichische, Preussische, Holländische und andere zu 23 Art. 8 Gr. fein.)

Doppelte Dukaten (Oesterreichische und Kremnitzer.)

Dukaten (Dänische und Mecklenburgische zu 21 Art. 1 Gr. fein.)

Pistolen, Friedrichsd'or, Georgsd'or, Augustsd'or, Louisd'or, (Preussische, Hannoversche, Braunschweigische, Alt-Französische und die ihnen gleich sind.)

Halbe Pistolen.

Doppelte dergleichen.

Spanische einfache Pistolen.

Spanische Doppeln.

Hannoversche Goldgulden.

A n m e r k u n g .

- 1) $\frac{1}{12}$ = und 10 Kreuzerstücke werden nur bei Zahlungen unter einem Thaler; die Scheidemünze aller Uferstaaten wird nur zur Ausgleichung dessen, was in $\frac{1}{12}$ = oder 10 Kreuzerstücken nicht berichtigt werden kann, nach dem Verhältnißwerthe ihres Münzfußes zum Conventionsfuße, auswärtige Scheidemünze aber gar nicht angenommen.
- 2) Bei der großen und schnell wechselnden Veränderlichkeit des Gold = Courses kann der Tarif, zu welchem die Goldmünzen genommen werden dürfen, hier nicht ausgeworfen werden. Vielmehr bleibt es jedem contrahirenden Staate überlassen, denselben, den Umständen nach, für seine Empfangsstätten zu publiciren und abzuändern, doch muß der jedesmal gültige jederzeit auf jeder Empfangsstätte affigirt seyn.

Anlage C.

V e r z e i c h n i s s

der durch die Weser = Schifffahrts = Acte beibehaltenen Zollstätten an der Weser, mit specificirter Angabe der daselbst zu erhebenden Zollsätze.

B e m e r k u n g .

Nur bei den in §. 16. benannten und hier durch gesperrte Lettern bezeichneten Eilf Zollstätten ist von jetzt an der Schiffer, in Beziehung auf Abgaben = Erhebung, anzuhalten verpflichtet. Zugleich sind aber die aufgehobenen und mit ihnen combinirten Zollstätten deshalb wieder aufgeführt, weil in Fällen, wo das transittirende Schiff nicht bei allen früher bestandenen Zollstätten vor-

beigeführt wird, auch nur für diejenigen, welche es wirklich passiert, der Zollsatz in nachstehendem Verhältnisse erhoben werden soll:

		Ist zu erheben vom Hs. Stutto	
A. Für Preußen.			
I. Zu Beverungen, und zwar:		11 Q	
a) für Beverungen		1 —	
b) = Hörter			12 Q oder 1 3/4
II. Zu Minden, und zwar:		12 Q	
a) für Blotho		11 —	
b) = Hausberge		1 —	
c) = Minden		12 —	
d) = Petershagen		11 —	
e) = Schlüsselburg			47 Q oder 3 3/4 11 Q
B. Für Hannover.			
I. Zu Lauenförde, aber bloß in der Niederfuhr; die Auffuhr ist daselbst in der Regel frei; und zwar:		12 Q	
a) für Lauenförde		6 —	
b) = Polle		7 —	
c) = Grohnde		6 —	
d) = Dhsen		38 —	
e) = Hameln			69 Q oder 5 3/4 9 Q
Wird Lauenförde in der Niederfuhr nicht berührt, sondern nur Polle, Grohnde, Dhsen und Hameln, einzeln oder sämmtlich; so wird zu Hameln, als beibehaltener Zollstätte der vorbemerkte Zollsatz sowohl für Hameln, als für die berührten eingegangenen Zollstätten erhoben; und eben so wie im entgegengesetzten Falle derselbe Zollsatz zu Lauenförde ausnahmsweise in der Auffuhr erhoben, wenn Hameln nicht berührt wird, sondern Lauenförde entweder allein oder auch zugleich mit einer oder mehreren der zwischenliegenden eingegangenen Zollstätten.			
II. Zu Hameln, aber bloß in der Auffuhr; die Niederfuhr ist in der Regel daselbst frei, und zwar:			

- a) für Hameln
 b) = Dhsen
 c) = Grohnde
 d) = Polle
 e) = Lauenförde

Ist zu erheben
 vom Pf. Brutto

38 L

6 —

7 —

6 —

12 —

69 L

oder

5 M 9 L

Wird Hameln in der Auffuhr nicht berührt, sondern nur Dhsen, Grohnde, Polle und Lauenförde, einzeln oder sämmtlich: so wird zu Lauenförde, als beibehaltener Zollstätte, der nebengesetzte Zollsatz sowohl für Lauenförde als für die berührten eingegangenen Zollstätten erhoben; und eben so wird im entgegengesetzten Falle derselbe Zollsatz zu Hameln ausnahmsweise in der Niederfuhr erhoben, wenn Lauenförde nicht berührt wird, sondern Hameln entweder allein oder auch zugleich mit einer oder mehreren der zwischenliegenden eingegangenen Zollstätten.

III. Zu Stolzenau, aber bloß in der Niederfuhr; die Auffuhr ist in der Regel daselbst frei; und zwar:

- a) für Stolzenau
 b) = Landsbergen
 c) = Nienburg
 d) = Hoya
 e) = Jntschede
 f) = Drexe

8 L

8 —

8 —

8 —

11 —

14 —

57 L

oder

4 M 9 L

Wird Stolzenau in der Niederfuhr nicht berührt, sondern nur Landsbergen, Nienburg, Hoya, Jntschede und Drexe, einzeln oder sämmtlich; so wird der nebengesetzte Zollabsatz zu Drexe, als beibehaltener Zollstätte, sowol für Drexe, als für die berührten eingegangenen Zollstätten, erhoben, und eben so wird im entgegengesetzten Falle derselbe Zollsatz zu Stolzenau ausnahmsweise in der Auffuhr erhoben, wenn Drexe nicht berührt wird, sondern Stolzenau entweder allein,

oder auch zugleich mit einer oder mehreren der zwischenliegenden eingegangenen Zollstätten.

IV. Zu Dreye, aber bloß in der Auffuhr; die Niederfuhr ist in der Regel daselbst frei; und zwar:

a) für Dreye	14 \mathcal{L}
b) = Intschede	11 —
c) = Hoya	8 —
d) = Nienburg	8 —
e) = Landsbergen	8 —
f) = Stolzenau	8 —

Wird Dreye in der Auffuhr nicht berührt, sondern nur Intschede, Hoya, Nienburg, Landsbergen und Stolzenau, einzeln oder sämmtlich (wie solches namentlich mit den zu Huthbergen einzuladenden und aufwärts gehenden Gütern der Fall ist): so wird der nebengesetzte Zollsatz zu Stolzenau, als beibehaltener Zollstätte, sowohl für Stolzenau, als für die berührten eingegangenen Zollstätten erhoben; und eben so wird im entgegengesetzten Falle derselbe Zollsatz zu Dreye ausnahmsweise in der Niederfuhr erhoben, wenn Stolzenau nicht berührt wird, sondern Dreye entweder allein, oder auch zugleich mit einer oder mehreren der zwischenliegenden eingegangenen Zollstätten.

C. Für Kurhessen.

I. Zu Gieselwerder	15 \mathcal{L}
II. Zu Rinteln (für Rumbach und Rinteln zusammengekommen)	26 —

D. Für Braunschweig.

Zu Holzminden	—	41 \mathcal{L} oder 3 \mathcal{R} 5 \mathcal{L}
E. Für Lippe.		
Zu Erder	—	16 \mathcal{L} oder 1 \mathcal{R} 4 \mathcal{L}
F. Für Bremen.		
Zu Bremen	—	13 \mathcal{L} oder 1 \mathcal{R} 1 \mathcal{L} 60 \mathcal{L} oder 5 \mathcal{R}

Ist zu erheben
vom H \mathcal{f} . Brutto

57 \mathcal{L} oder
4 \mathcal{R} 9 \mathcal{L}

Recapitulatio.

	Ist zu erheben vom 48. Brutto					
	bei den einzelnen Zollstätten			überhaupt		
	Rthlr.	agr	pf.	Rthlr.	agr	pf.
Für Preußen:						
zu Beverungen	—	1	—	—		
= Minden	—	3	11	—	4	11
Für Hannover:						
zu Lauenförde oder Hameln . .	—	5	9	—		
= Stolzenau oder Dreye . . .	—	4	9	—	10	6
Für Kurhessen:						
zu Gieselwerder	—	1	3	—		
= Rinteln	—	2	2	—	3	5
Für Braunschweig:						
zu Holzminden	—	1	4	—	1	4
Für Lippe:						
zu Erder	—	1	1	—	1	1
Für Bremen:						
zu Bremen	—	5	—	—	5	—
Zusammen . . .	—	—	—	1	2	3

Anlage D.

Normal = Gewichts = Tabelle zur Berechnung des Waserzolls.

A. Flüssige Waaren.

Alles Brutto oder mit der einfachen gewöhnlichen Fustage ohne Ueberfaß, das Viertel zu 365 Französischen Cubiczoll Inhalt, das Schiffspfund zu 300 \mathcal{L} Bremer Gewicht.

	\mathcal{L} f.	\mathcal{L} .
Arrak, und ein Anker zu fünf Viertel	—	92
Rum, ein Viertel Regal zu 18 dito	1	31
„ Ohm oder Tersje zu 20 Viertel	1	68
„ Drhoft zu 30 bis 32 dito	1	270
„ halb Regal zu 36 Viertel	2	62
„ Faß zu 50 Viertel	3	20
„ Both, Punchen, kl. Piepe zu 60 Viertel	3	204
„ Regal, Mittelpiepe zu 70 Viertel	4	88
„ eine große Piepe zu 80 Viertel	4	272
Baumöl, die ordinaire Piepe	2	209
„ große Piepe, Both zu 13 bis 14 Barili	3	50
„ Stampe zu 236 Gallons	6	53
Bier, Englisches, das Faß, Barrel, zu 36 Gallons	1	118
„ Drhoft „ 54 „	2	26
„ die Piepe „ 180 „	6	288
Bier, Bremer und anderes, die Tonne zu 14 Viertel	—	258
„ das halbe Faß zu 26 Viertel	1	178
„ das Faß (Tonne) zu 56 —	3	130
Blut, das Viertel	—	20
Branntwein, wie Arrak	—	—
Essig, ein Anker zu 5 Viertel	—	92
„ eine Tonne zu 15 dito	—	276
„ ein Drhoft zu 30 — 32 Viertel	1	270
„ Both, Piepe, zu 60 „	3	204
Hanf-, Lein- und Rüßöl ic, wie Baumöl		
Lauge, wie Essig		
Milch, wie Bremer Bier		

	℔.	℔.
Seife, grüne, die kleine Tonne oder das Viertel . . .	—	68
Beer, die Tonne	1	26
Thran, die Tonne von 216 Pfund netto . . .	—	264
„ Quartele (Drhoft) zu 2 Tonnen . . .	1	227
„ Piepe zu 4 Tonnen	3	70
„ Stampe (Both), zu 8 Tonnen	6	130
Wasser, Egersches, Fachinger, Selterser, Spaer, die 100 Krüge brutto	1	100
„ Pyrmonter, Driburger, Wildunger u. s. w. die 100 Flaschen mit Korb	1	50
„ Pyrmonter, Driburger, Wildunger u. s. w. die 100 Pinten halbe Flaschen desgleichen	—	176
„ Kölnisches, die 12 Gläser mit Ristchen, ohne Ueberkiste	—	6
Wein aller Art, ein Anker zu 5 Bremer Viertel . . .	—	92
„ Eimer „ 10 „ „	—	184
„ Dhm „ 20 „ „	1	68
„ Drhoft zu 30—32 Bremer Viertel	1	270
„ großes Drhoft von Bayonne u. s. w. 42 Bremer Viertel	2	173
„ Faß zu 50 Bremer Viertel	3	20
die Piepe zu 65—66 Bremer Viertel	4	5
ein Fuder zu 120 „ „	7	108
„ Stückfaß zu 160 „ „	9	244

B. F r ü c h t e .

Der Bremer Scheffel (wobon 40 auf die Bremer Last)
3585 französische Cubiczoll haltend, 40 Bremer Scheffel
= 523 $\frac{3}{4}$ Berliner.

Bohnen	—	140
Buchweizen	—	96
Erbsen	—	131
Gerste	—	86
„ Graupen und Grüte	—	105
Hafer	—	67
„ Graupen und Grüte	—	71
Hirse	—	103
Linsen	—	123
Malz	—	83

	46ß.	46.
Nüsse	—	86
Obst, gebörte Äpfel	—	52
„ „ Birnen	—	79
„ „ Kirschen	—	121
„ „ Pflaumen	—	117
„ grünes, aller Art	—	94
Roggen	—	106
„ Mehl	—	103
Saamen, Hanf	—	73
„ Rüb- und andere Sorten	—	92
Weizen	—	113
„ Mehl	—	110
Wicken	—	126

C. Holzarten und Brennmaterialien.

- a) Von allen Sorten Schiffs-, Zimmer-, Bau- und andern Nußholze, Sägeblöcken, stärkern Stangen u. dergl., so wie von Planken, Bohlen, Brettern und gefägten Latten.

Eichen-, Hainebüchen-, Apfel- und Pflaumenholz, die 10 Br. Cub. Fuß	15/10
Büchen-, Eschen- und Kirschbaumholz desgleichen	12/10
Birken-, Birn-, Nuß- und Ulmenbaumholz desgl.	11/10
Espen-, Erlen-, Fichten-, Kiefern-, Tannen-, Linden-, Pappeln- und Weidenholz desgl.	9/10

Anmerkung. Planken, Bretter, Latten und kleine bearbeitete Bauholzsorten können in ganzen Zwölftern, Kabeln oder Lagen und Haufen — unbearbeitete Zimmerstücke u. s. w. nach den Gottaischen Tafeln, im Durchschnitte u. s. w. gemessen und berechnet werden.

b) Felgen, das Schoß (60) 30zöllige	24/10
„ „ „ 36 „	35/10
Speichen „ „	13/10
c) Sandiskisten, complete, die 100 Stück kleine	29
dito dito dito große	39

Bremer
Cub. F.

d) Faßdauben und Stabholz, $1\frac{1}{2}$ — 2 Zoll stark, und
4 — 6 Zoll breit.

248	Niepenstäbe	67 — 70 Zoll lang	80
372	Orhofsstäbe	55 — 58 „ „	97
496	Tonnenstäbe	45 — 48 „ „	104
744	Orhofs-Bodenstäbe.	29 — 32 „ „	103
922	Tonnen	22 — 35 „ „	107

Bremer
Cub. F.

e) Vom Faden- oder Klastenholz u. werden die in Haufen gemessenen 100 Cubic Fuß nur gerechnet:

von	2 =	3 =	4 =	5 =	6füßige
Nußholz, in Klasten	75	73 $\frac{1}{2}$	72	70	68 Cub. Fuß
Brennholz, in Kloben od. Scheiten	71	69	67	65	63 — —
„ „ Stangen	60	57	54	51	48 — —
„ „ Backen od. Zweigen	56	52	48	44	40 — —
„ „ Reisig, Bündeln oder Wellen					30 = 35 dito.
Bandholz, nach Verhältniß der Stärke					45 = 55 dito.
Baupfahle, wie Stangen-Brennholz					

	℥℥.	℥.
f) Lohkuchen, die 1000 Steine	4	100
g) Holzkohlen, die 10 Cubicfuß	—	75
h) Holzasche (der Bremer Scheffel) unausgelaugte	—	73
dito dito dito ausgelaugte	—	130
i) Braunkohlen, die 10 Cubicfuß	—	280
k) Steinkohlen, „ 10 „	1	36
l) Torf, die 1000 Euben oder Steine	3	75
„ „ 10 Cubicfuß aufgeschüttet	—	225

D. Steinarten, Thon, Sand u. s. w.

Ries	die 10 Cubicfuß	2	180
Pflastersteine	„ 10 „	2	240
Sand, weißer	„ 10 „	2	120
Sandstein, behauener	„ 10 „	3	200
„ unbehauener, oder Bruch- steine in Haufen	„ 10 „	2	180
Pfeifenerde	„ 10 „	1	30
Töpfererde	„ 10 „	1	260
Mergel	„ 10 „	2	70

	48.	4.
Vieh- und anderer Dünger . . . die 10 Cubicfuß	1	30
Siegel-Backofensteine, 1000 Stück	54	—
„ Dachzungen 1000 „	11	—
„ Mauersteine 1000 „	30	—
„ desgl. ungebrannte 1000 „	35	—

E. Leere Gefäße.

Ein Anker, Eimer	—	16
„ Doppel-Anker, Eimer, Biertonne	—	29
Eine Del- und Thran-Tonne	—	39
„ Theer-Tonne	—	93
Ein Ohm, Ohm, Tierce	—	48
„ Essig-Orhoft, $\frac{1}{2}$ Bierfaß	—	78
„ Orhoft, $\frac{1}{2}$ Both, Quartele	—	109
„ Bierfaß, Piepe	—	128
„ Both, Faß, große Piepe	—	155
„ Stückfaß, Stampe	—	217

Die Erhebungs-Aemter werden zur vergleichenden Constatirung eines Normal-Gewichts solcher Gegenstände, welche wegen sehr abweichender Benennungen, Verpackungsarten u. hier vorläufig noch nicht verzeichnet worden sind, jede passende Gelegenheit benutzen und die Resultate in beglaubter Form registriren.

Anlage E.

Preußen.

Journal pag. 20.

Zollamt Minden.

Manifest No. 8.

Der Schiffer Bernhard Heinemann hat auf der Fahrt von Bremen nach Carlshafen von dem Hameln'schen Schiffe No. 5. (vom Floße bestehend aus u. s. w.)

Conventionsgeld

Rthlr. Sgr. Pf.

heute an Weserzoll gezahlt 22 17 —

Geschrieben Zwei und Zwanzig Thaler Siebenzehn gute Groschen, und zwar in folgenden Münzsorten:

a. Sechs Sächsishe Species-Thaler	„	„	„
b. Zwei Friedrichsd'or	„	„	„
c. Preussisch Courant in $\frac{1}{1}$	„	„	„
d. in $\frac{1}{12}$ dergleichen	„	„	„
e. in $\frac{1}{12}$ Hannoversche Conventions-Münze	„	„	„
f. Scheide-Münze	„	„	„

Summa 22 17 —

(Siegel des) Minden, den 10. März 1824.

N. N.
Rendant.

N. N.
Controlleur.

Anlage F.

Jahrgang 1824.

No. 28.

Des Ausstellungs = Amtes Bremen

M a n i f e s t

für den Schiffer Hans Heinrich Meier aus Bodenwerder
zur Fracht von Bremen nach Carlshafen,
mit dem ihm zugehörigen Boote (Hinterhange, Bullen) No. 3. zu 40 Lasten
ladungsfähig,
besetzt mit 4 Mannspersonen.

B e m e r k u n g e n .

- 1) Es kann für jedes Fahrzeug ein besonderes Manifest genommen werden, oder auch nur ein gemeinschaftliches für jeden, aus den gewöhnlichen 3 Fahrzeugen bestehenden Schiffszug, nach Wahl des Schiffers.
Jede Ab- oder Zuladung muß am Ab- oder Zuladungsorte dem Manifeste nachgetragen werden.
- 2) Das Schema des Manifestes sich zu verschaffen, und die Ausfüllung der Rubriken 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 9. zu besorgen, ist Sache des Schiffers. Die Rubriken 8. 10. 11. 12. 13. — letztere, so weit Stoff dazu vorhanden — werden von den betreffenden Behörden ausgefüllt.
- 3) Die Unterzeichnung des Ausstellungs = Amtes am Einladungsorte geschieht unentgeltlich, auf den Grund sich verschaffter Ueberzeugung, daß wirklich die angegebenen Gegenstände nach Quantität und Qualität geladen sind.
- 4) Besteht das Manifest aus mehr als einem Bogen: so muß es paginirt, geheftet und der Faden mit dem öffentlichen Siegel des Ausstellungs = Amtes angesiegelt seyn. Die als Anlagen dazu gehörigen Frachtbriefe müssen immer vollständig mit dem Manifeste producirt werden. Der Schiffer wird wohl thun, sich jedesmal noch mit einem, gegen billige Abschreibegebühren vom Ausstellungsamte zu liefernden, Duplicate des Manifestes zu versehen.
- 5) Die eigenhändige Unterschrift des Schiffers unter dem Manifeste macht ihn für Wahrheit und Vollständigkeit seiner darin enthaltenen Angaben verantwortlich.
- 6) Gegenwärtiges Manifest wird zu Carlshafen bei der Kurfürstlichen Behörde definitiv abgegeben und daselbst vorschriftsmäßig aufbewahrt.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro}. 7.

Braunschweig, den 26sten März 1824.

- (8.) Serenissimi Verordnung, die Ertheilung der Erlaubniß-Scheine für diejenigen in den hiesigen Landen wohnenden Schiffer, welche auf dem Weser-Strome Schiffahrt zu betreiben beabsichtigen. D. D. Braunschweig, den 5ten März 1824.

Von Gottes Gnaden C a r l, Herzog zu
Braunschweig und Lüneburg &c.

Zur Ausführung derjenigen Bestimmungen, welche in den §. §. 4 und 5 der mittelst Unserer Verordnung vom heutigen Tage publicirten Weser-Schiffahrts-Acte, wegen der Ertheilung der Erlaubniß zur Betreibung der Schiffahrt auf dem gedachten Strome, und wegen der äußern Bezeichnung der Fahrzeuge enthalten sind, finden Wir Uns bewogen, Folgendes hiedurch zu verordnen:

§. 1.

Jeder auf dem hiesigen Landes-Gebiete wohnende Schiffer, welcher auf dem Weser-Strome sein Gewerbe zu betreiben beabsichtigt, hat sich, um die dazu erforderliche Erlaubniß zu erhalten, so wie auch wegen der vorschrist-

mäßigen äußern Bezeichnung seines Schiffes oder Schiffszuges, an die Obrigkeit seines Wohnortes zu wenden, und derselben sein diesfalliges Gesuch vorzutragen. Nur diejenigen sind von dieser allgemeinen Vorschrift ausgenommen, welche mit Victualien und sonstigen Lebensbedürfnissen die Weser zu befahren beabsichtigen, ohne jedoch aus dem Transporte von dergleichen Gegenständen weder für eigene, noch auch für fremde Rechnung ein Fortdauern des Gewerbe zu machen.

§. 2.

Zur Ertheilung der im vorstehenden §. gedachten Erlaubnißscheine werden die betreffenden Fürstl. Kreisgerichte hiedurch bevollmächtigt.

§. 3.

Es ist jedoch von den gedachten Behörden ein solcher Erlaubnißschein in keinem Falle eher auszustellen, bevor sie nicht durch eine genaue und sorgfältige Prüfung die Ueberzeugung gewonnen haben, daß der die Erlaubniß nachsuchende Schiffer sowohl die nöthigen Schifffahrtskenntnisse, als auch die sonst erforderlichen persönlichen Eigenschaften besitze, damit das Leben und das ihm anvertraute Eigenthum dritter Personen durch seine etwaige Unerfahrenheit und Nachlässigkeit in keine Weise in Gefahr gesetzt werde.

Allen denjenigen Personen, welche zu einer Criminalstrafe verurtheilt, oder wegen wiederholter Zoll- und Steuer-Defraudationen in Untersuchung gewesen und der gedachten Vergehen überführt sind, ist die Ertheilung der Schifffahrts-Erlaubniß gänzlich zu verweigern.

Außerdem aber haben die Behörden vor der Ausstellung der Erlaubniß-Scheine eine genaue Untersuchung der Fahrzeuge selbst vornehmen zu lassen, um dadurch auszumitteln, ob solche hinreichend dauerhaft und gut gebauet, und auch mit der nöthigen Schiffsmannschaft versehen seien.

§. 4.

Wenn die solchergestalt vorgenommenen Untersuchungen den zur Ertheilung der Erlaubniß-Scheine autorisirten Behörden die vollständige Ueberzeugung verschafft haben, daß sowohl der Schiffer, als auch sein Fahrzeug die erforderlichen Eigenschaften besitze, so ist alsdann die in dem §. 5. der Weser-Schifffahrts-Acte vorgeschriebene äußere Bezeichnung des Schiffes, und zwar an dessen Vordertheile, auf eine möglichst in die Augen fallende Weise dergestalt vornehmen zu lassen, daß sowohl der Ort, wohin das Schiff gehörig, als auch dessen Ordnungs-Nummer und die Lastenzahl, welche es im äußersten Falle zu tragen vermag, deutlich sich ausgedrückt finde. Hierauf kann sodann der gewünschte Erlaubniß-Schein, nach dem sub A. beigefügten, von den Kreisgerichts-Beamten zu

unterzeichnenden und mit dem gewöhnlichen Gerichts-Siegel zu versehenen gedruckten Formulare ausgestellt werden.

§. 5.

Ein jeder dieser Erlaubniß-Scheine ist vom Tage der Ausstellung an auf ein Jahr gültig, und giebt dem Schiffer die Befugniß, während dieses Zeitraums auf der ganzen Strecke von Münden bis in die offene See und aus der offenen See bis Münden die Schifffahrt zu betreiben. Wenn nach dem Ablaufe des Bewilligungs-Jahrs die Erneuerung des Erlaubniß-Scheins angefordert wird, so ist alsdann zuvörderst die §. 3. vorgeschriebene Untersuchung aufs Neue vorzunehmen.

§. 6.

Für die Ausstellung eines jeden Erlaubniß-Scheines sind die Behörden eine Gebühr von 12 Ggr. Conventions-Münze zu erheben berechtigt, und liegt den Schiffen außerdem nur noch die Verbindlichkeit ob, die durch die Bezeichnung ihrer Schiffe veranlaßten Kosten zu erstatten, wogegen sie für die vorgenommene Untersuchung überall keine Gebühren zu erlegen haben.

§. 7.

Falls sich ein Schiffer durch die Verweigerung des Erlaubniß-Scheins von dem betreffenden Fürstl. Kreisgerichte beschwert erachten sollte, so ist es demselben unbe-

nommen, dieserhalb seinen Recurs an Unsere Fürstl. Cammer zu nehmen.

§. 8.

Vor dem Ablaufe der einjährigen Bewilligungszeit der Schifffahrt-Erlaubniß kann deren Zurücknahme nur von Seiten Unserer Fürstl. Cammer geschehen; es sind jedoch dabei, um die Einziehung der erteilten Concession verfügen zu können, alle diejenigen Vergehen für hinreichend zu erachten, welche schon die erste Ertheilung des Erlaubniß-Scheins verhindert haben würden.

§. 9.

In Ansehung derjenigen Vergehen, welche fremde Schiffer auf dem diesseitigen Landes-Gebiete sich zu Schulden kommen lassen sollten, sind die im §. 4. der Weser-Schifffahrts-Acte enthaltenen Bestimmungen in Anwendung zu bringen.

Sämmtliche im hiesigen Lande wohnende Schiffer, so wie auch die betreffenden Behörden und Jeder, den es sonst angeht, haben sich hienach auf das Genaueste zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 5ten März 1824.

Carl. (L. S.)

von Schmidt-Phiseldack.

S c h e m a

für

einen Erlaubniß-Schein zur Ausübung der Schiff-
fahrt auf der Weser.

N^{ro.}

Herzogthum Braunschweig.

Nachdem der Schiffer N. N. aus um Ertheilung eines Erlaubniß-Scheins zur Ausübung der Schifffahrt auf der Weser nachgesucht hat, und gegen dessen persönliche Eigenschaften, so wie gegen die Beschaffenheit seines Fahrzeuges nichts zu erinnern gefunden ist, so wird demselben Kraft höchsten Auftrags hiedurch die Erlaubniß ertheilt, auf der ganzen Strecke, von M ü n d e n bis in die offene See, mit seinem unter (Orts-Namen, Nummer, Lastenzahl) bezeichneten Fahrzeuge die Schifffahrt auszuüben, und werden sämtliche hohe Weser-Ufer-Staaten, deren Flußgebiet derselbe mit seinem Fahrzeuge befahren sollte, hiedurch geziemend ersucht, ihm diejenigen Rechte zuzugestehen, welche durch die Weser-Schifffahrts-Acte für die freie Strom-Schifffahrt ausbedungen sind.

Gegenwärtiger Erlaubniß-Schein ist gültig für ein Jahr, und muß sodann gegen einen andern ausgewechselt werden.

So geschehen N. N., den ten 18

Fürstl. Kreisgericht zc.

(L. S.)

(Unterschriften.)

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 8.

Braunschweig, den 30sten März 1824.

- (9.) Circular-Rescript an sämtliche Fürstl. Stadt- und Kreisgerichte, das Verfahren derselben bei Deposition von Geldern u., und besonders die Depositengebühren betr. D. D. Braunschweig, den 5ten März 1824.

Carl, Herzog u.

Da Wir in Erfahrung gebracht haben, daß bei den Gerichten Unserer Lande über das Depositenwesen und besonders über die Bestimmung der Depositengebühren sehr verschiedene, zum Theil den solcherhalb erlassenen gesetzlichen Vorschriften widersprechende Ansichten herrschen, so wollen Wir zur Berichtigung derselben und zur Beseitigung der über diesen Gegenstand obwaltenden Zweifel, auf den Grund der bestehenden Verordnungen, hiemit Folgendes ausdrücklich bestimmen:

- 1) Alle bei den Gerichten eingehende Gelder, welche nicht sofort wieder ausgezahlt werden, müssen der Ordnung gemäß in das gerichtliche depositum und nicht in die Privat-Verwahrung eines dabei ange-

gestellten Beamten genommen, auch Depositenscheine darüber ausgestellt und den Deponenten behändigt werden.

- 2) Für die Annahme aller zum gerichtlichen depositum kommenden Gegenstände sind die in der Sportel-Taxe vom 9ten Febr. 1814 vorgeschriebenen Gebühren zu ein halb Procent des depositi von den Deponenten zu entrichten.
- 3) Die Geringfügigkeit oder Ungleichheit der deponirten Summen macht hiervon keine Ausnahme, und sollen nur bei depositis unter zwanzig Thalern die sub 2 gedachten Gebühren cessiren, so wie auch denselben die von sportelfreien Parteien eingehenden deposita nicht unterworfen sind.
- 4) Die von den administrativen Ober-Behörden an die Gerichte zur Wiederauszahlung gesandten Gelder, z. B. Unterstützungen einzelner Personen oder ganzer Gemeinden, Brandcassengelder 2c. können nicht als eigentliche deposita betrachtet werden, und fallen in Rücksicht derselben daher alle Arten von Gebühren und Sporteln hinweg, obwohl solche, insofern sie nicht sogleich sollten wieder ausgezahlt werden können, in gerichtliche Verwahrung genommen werden müssen, und die Gerichte dafür verantwortlich sind.

- 5) Sowohl die sub 2 bemerkten Depositen-Gebühren, als auch die in der vorgedachten Sportel-Laxe zu 4 Ggr. bestimmten Gebühren für die Depositen-Scheine, müssen in der nämlichen Maße, wie alle übrigen Gerichtssporteln, zur Berechnung für die herrschaftlichen Cassen kommen und an dieselben abgeliefert werden.
- 6) Ueber die gerichtlichen deposita ist da, wo solches bisher noch nicht geschehen seyn sollte, hinführo ein besonderes Depositenbuch zu führen, in welches die Verfügungen wegen der Annahme derselben, der darüber ausgestellten Depositen-Scheine, der einstweiligen Ablieferung an Fürstl. Leihhaus und geschehenen Rücklieferung von selbigem, der demnächstigen Rückzahlung aus dem deposito u. s. w. regelmäßig einzutragen sind.
- 7) Die zum gerichtlichen deposito gekommenen Gelder sind vorschriftsmäßig an Fürstl. Leihhaus hieselbst abzuliefern, und ist dabei nach den in den Ausschreiben vom 9ten März und 9ten Mai 1765, und vom 17ten März 1783 enthaltenen Bestimmungen, welche den Gerichten hiemit in Erinnerung gebracht werden, zu verfahren.

Sämmtliche Fürstl. Stadt- und Kreisgerichte haben

sich nach Vorstehendem genau zu achten, und die vorbe-
merkten Bestimmungen bei allen auf das Depositenwesen
Bezug habenden Angelegenheiten pünctlich zu befolgen.

Braunschweig, den 5ten März 1824.

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schmidt-Phiselsbeck. von Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 9.

Braunschweig, den 16ten April 1824.

- (10.) Circular-Rescript an sämtliche Fürstl. Kreis-Gerichte, die seit einiger Zeit auf dem Lande Statt findenden Brandschäden betreffend. D. D. Braunschweig, den 30sten März 1824.

Carl, Herzog zc.

Da seit einiger Zeit auf dem Lande viele Feuerschäden Statt gefunden haben, wovon wahrscheinlich die meisten durch unvorsichtiges Umgehen mit Feuer und Licht, so wie durch die feuergefährliche Einrichtung der Wohnungen veranlaßt worden sind, so werden sämtliche Fürstl. Kreisgerichte hiedurch angewiesen, sich durch die zweckdienlichsten Vorkehrungen die Abwendung von Brandschäden und Feuersbrünsten thunlichst angelegen seyn zu lassen, zu dem Ende öfter und unvermuthet die vorschriftsmäßigen Feuervisitationen anzustellen, diejenigen, welche mit Feuer und Licht nachlässig umgehen, sofort zur Untersuchung zu ziehen, diese Untersuchungen so viel als möglich zu beschleunigen, die Schuldigen den Umständen nach zur Bestrafung zu bringen, und bei allen Neubauten sorgfältig

auf die Vermeidung feuergefährlicher Anlagen zu halten, auch jedesmal nach einer Feuersbrunst zur Ausforschung der Entstehungs-Ursache derselben die ernsthaftesten, umsichtigsten und schleunigsten Maßregeln zu ergreifen. Wie auch in der letztern Zeit manche Brandschäden boshafterweise angelegt zu seyn scheinen, so ist es dringend erforderlich, daß die Aufmerksamkeit auf verdächtige Fremde und ohne rechtlichen Zweck umherstreifendes Gesindel verdoppelt werde, und wird daher diese besonders strenge Vigilanz den Fürstl. Kreisgerichten gleichfalls zur Pflicht gemacht.

Braunschweig, den 30sten März 1824.

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schmidt-Phiseldack.

von Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 10.

Braunschweig, den 29sten April 1824.

(11.) Verordnung, die gefundenen Sachen betreffend. D.
D. Braunschweig, den 15ten April 1824.

Von Gottes Gnaden **C a r l**, Herzog zu
Braunschweig und Lüneburg &c.

Da Wir die der gefundenen Sachen wegen bestehenden Gesetze und insonderheit die darüber unterm 2ten November 1744 und 15ten December 1750 erlassenen Verordnungen für den beabsichtigten Zweck nicht genügend, nicht umfassend genug und daher näherer Bestimmung bedürftig befunden haben, so sehen Wir Uns bewogen, mit Aufhebung besagter Verordnungen, solcherhalb Folgendes festzusetzen und hiedurch zu verordnen.

§. 1.

Jeder Finder verloren gegangener Sachen hat die Verbindlichkeit, selbige dem ihm bekannt gewordenen Eigenthümer wieder zuzustellen. Wer verlorne Sachen von nicht ganz geringfügigem, anscheinend über 12 Ggr. be-

tragenden Werthe, welche nicht als verloren bekannt gemacht sind, findet und solche dem ihm bekannt gewordenen Eigenthümer nicht sofort zurückgibt, ist schuldig, davon mit Ueberlieferung derselben binnen 8 Tagen in Braunschweig bei der Polizei-Direction und an andern Orten im Lande entweder einem Gerichte unmittelbar, oder einem Ortsvorsteher Anzeige zu thun und letztere sind verpflichtet, solches dem ihnen vorgesetzten Gerichte baldigst zu melden; es wäre denn, daß der Verlierer sofort auszumitteln stände, in welchem Falle solches und die Behändigung des Gefundenen an den vorigen Inhaber der Polizei-Behörde oder dem Ortsvorsteher überlassen bleibt.

§. 2.

Bei gefundenen Sachen von nicht mehr als 10 Thaler am Werth soll es jedoch dem Finder erlaubt seyn, selbige an sich zu behalten und, Statt der ebengedachten Anzeige die nöthige Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen selbst zu besorgen und den Verlierer dadurch aufzufordern, sich bei ihm zu melden. Die Anzeige behuf dieser Privat-Bekanntmachung muß aber gleichfalls spätestens innerhalb 8 Tagen, von Zeit des geschehenen Fundes anzurechnen, bei der Behörde geschehen oder an dieselbe abgesandt werden, widrigenfalls die in dem nächstfolgenden §. ausgedrückten nachtheiligen Folgen der unterlassenen Anzeige den Finder treffen, auch kann dieselbe den Erwerb der Sache nicht bewirken, sondern der Finder muß, wenn er darauf Anspruch machen will, sich des-

halb an die competente Behörde wenden, welche sodann das dazu geeignete Verfahren einzuschlagen hat.

§. 3.

Derjenige Finder, welcher die vorgeschriebene Anzeige oder Bekanntmachung unterläßt, hat nicht allein die sonst jedem Inhaber zu Statten kommende Vermuthung eines redlichen Besizes nicht für sich, sondern verfällt auch alle Zeit in eine dem Werthe der gefundenen Sache gleichkommende Geldbuße oder verhältnißmäßige Gefängnißstrafe. Hat derselbe aber das Gefundene sich wirklich zugeeignet, indem er solches verbraucht, verkauft, oder dessen Besiz auf geschehene Nachfrage abgeleugnet und auf diese oder andere Weise die Absicht solches unterzuschlagen deutlich zu erkennen gegeben, so wird er einem Diebe gleich geachtet und bestraft. Sind die gefundenen Sachen von einem Postwagen verloren worden und der Finder hat solches gewußt, so soll er wegen der unterlassenen Anzeige oder sich erlaubten Zueignung des Gefundenen mit der doppelten Strafe belegt werden.

§. 4.

Der Polizei-Direction zu Braunschweig oder dem Gerichte, wo die Anzeige geschehen, liegt ob, so oft der Eigenthümer der gefundenen Sache nicht gleich auf andere Art ausfindig zu machen ist, fordersamst davon eine öffentliche Bekanntmachung und Vorladung des Verlierers und aller, die daran rechtliche Ansprüche zu haben vermeinen, mit Bestimmung einer bei Verlust des

Rechts wahrzunehmenden Frist von Amtswegen zu erlassen, welche jedesmal den Braunschweigischen Anzeigen, auch, wenn es zur Ausfindigmachung des Verlierers rathsam erscheint, auswärtigen Blättern zu inseriren und in Wirthshäusern und Krügen anzuschlagen und bei bedeutendem Werthe der gefundenen Sache zu wiederholen ist. Die zur Anmeldung der Ansprüche an das Gefundene festzusetzende Frist ist bei Sachen unter 50 Thaler am Werthe auf zwei Monate, bei Sachen von 50 bis 100 Thaler Werth auf sechs Monate und bei Sachen über 100 Thaler am Werth auf ein Jahr zu bestimmen, und sind diese Fristen bei der eintretenden Vermuthung, daß die gefundenen Sachen von einem Postwagen, oder von Ausländern oder nicht ansässigen Personen verloren worden, zu verdoppeln.

§. 5.

Außer dem Falle, wo die betreffende Gerichts- oder Polizei-Behörde es den Umständen angemessen findet, die Aufbewahrung der gefundenen Sache dem Finder selbst zu übertragen, muß dieselbe gleich nach deren Einlieferung dafür Sorge tragen und die Sache verkaufen lassen, wenn das längere Aufbewahren dieselbe dem Verderben aussetzen oder unverhältnißmäßige Kosten verursachen würde.

§. 6.

Wenn Jemand sich binnen der gesetzten Frist als der Verlierer der gefundenen Sache meldet, so muß er sich dazu gehörig legitimiren und nachweisen, daß selbige in seinem Besitze gewesen sey; worauf und sobald solches

geschehen, die Zurückgabe der Sache erfolgt. Ist aber die Anmeldeungsfrist abgelaufen und der Verlierer hat sich nicht gefunden, so giebt die Polizei-Direction zu Braunschweig die Sache zum weitem Verfahren an das Stadtgericht ab und von diesem wird alsdann, so wie in gleichem Falle von andern competenten Gerichten des Landes, dem Finder die gefundene Sache übereignet und zugeschlagen, wofern er nicht darauf Verzicht thut, in welchem Falle selbige der Armen-Casse des Gerichts-Ortes zufällt. Sollte der betreffende Richter durch eine in die Braunschweigischen Anzeigen oder in andere öffentliche Blätter eingerückte Bekanntmachung oder auf andere Weise erfahren, wer der Verlierer sey, so muß derselbe mit dem Zuschlage Anstand nehmen, und zuvörderst eine nähere Untersuchung der Sache anstellen, und nach deren Ausfall darüber entscheiden. Außerdem darf der Zuschlag nicht aufgehalten werden, und findet gegen den erfolgten Zuschlag eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nur alsdann Statt, wenn die verlorne Sache über 50 Thaler werth ist und der Verlierer mit glaubhaften Gründen nachweist, daß er ohne seine Schuld früher von der geschehenen Aufforderung keine Nachricht gehabt und verhindert gewesen, seine Ansprüche anzumelden. Aber auch in diesem Falle erhält der Verlierer die gefundene Sache nur in soweit zurück, als der Finder oder die Armen-Casse noch Vortheile davon besitzen.

§. 7.

Wer die vorschriftmäßige Anzeige oder Bekanntma-

chung von der gefundenen Sache unterläßt, den trifft, außer der verordneten Strafe, der Verlust seines Rechts daran und der für den Finder etwa ausgelobten Prämie und die Armen-Casse seines Wohnorts tritt in Ansehung beider Gegenstände an dessen Stelle.

§. 8.

Die Kosten, welche durch die Aufbewahrung und öffentliche Bekanntmachung der gefundenen Sache, so wie durch das deshalb angestellte weitere Verfahren, veranlaßt worden, müssen, nebst der Entschädigung des Finders, allezeit von dem Verlierer übernommen werden. Hat der letztere sich nicht gemeldet, so müssen diese Kosten von dem Finder, welchem die Sache zugeschlagen ist, oder bei deren Verkauf, von den daraus gelöseten Geldern bestritten werden.

§. 9.

Wer eine gefundene Sache wissentlich kauft, oder sonst an sich bringt, wird eben so, wie der Finder selbst, angesehen und, falls er die ihm danach obliegenden Verbindlichkeiten unerfüllt läßt, demselben gleich behandelt und bestraft.

§. 10.

Alles, was in den vorstehenden Bestimmungen in Ansehung der gefundenen Sachen verordnet ist, findet auf gleiche Weise bei denjenigen seine Anwendung, welche von Fremden in Wirthshäusern oder in ihren sonstigen Woh-

nungen oder Quartieren vergessen und zurückgelassen sind.

Sämmtliche Landes=Einwohner, so wie besonders alle Gerichts= und Polizei=Behörden, haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheime=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 15ten April 1824.

Carl.



von Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro}. 13.

Braunschweig, den 13ten Juli 1824.

(14.) Verordnung, den Schaaffhaz betreffend. D. D.
Braunschweig, den 5ten Juli 1824.

Von Gottes Gnaden **C a r l**, Herzog zu
Braunschweig und Lüneburg &c.

Es ist Uns vorgetragen, daß sowohl die in der Schazordnung vom 10^{ten} Juli 1719 hinsichtlich des Schaaffhazes enthaltenen Bestimmungen, als auch die wegen dieser Steuer nachmals erfolgten verschiedenen Modificationen und Auslegungen, bei einem großen Theile der Steuerpflichtigen, und auch selbst hin und wieder bei den mit der Beschreibung und Erhebung des gedachten Schazes und der Bestrafung der dabei Statt findenden Contraventionen beauftragten Behörden und Gerichten, dergestalt in Unbekanntschaft gerathen, daß deshalb mannigfache Abweichungen und Zweifel entstanden sind. Um nun alle hieraus hervorgehende Weiterungen und Unregelmäßigkeiten zu beseitigen, wollen Wir die in Ansehung des Schaaffhazes bestehenden Bestimmungen hiemit im

Nachfolgenden auf's Neue zur allgemeinen Kenntniß bringen, und, insofern solches hinsichtlich der zweifelhaften Auslegung und Anwendung mehrerer derselben erforderlich, damit declariren:

§. 1.

Der Schaaffschaz wird von einem jeden Stücke des auf dem Lande und in den der Contribution unterworfenen Städten und Flecken gehaltenen Schaafviehes, es sey dasselbe alt oder jung, mit alleiniger Ausnahme der in dem §. 5. enthaltenen Fälle, entweder mit 4 Pfening, oder mit 1 Mgr., oder mit 2 Mgr., nach Maßgabe der nachfolgenden näheren Bestimmungen, erhoben.

§. 2.

Der Satz von 1 Mgr. für das Stück macht die gewöhnliche, von den Weideinteressenten zu erlegende Steuer aus, und wird in allen Fällen genommen, wo nicht ausnahmsweise ein höherer oder geringerer Satz verordnet ist.

§. 3.

Der Satz von 4 Pfening für das Stück wird allein von den Schäferereien der Fürstl. Cammer- und Kloster-Güter entrichtet, und zwar ohne Unterschied, ob die Schaaf das Eigenthum der gedachten Güter und resp. deren Pächter sind, oder ob dieselben den Schaafmeistern und Knecht-

ten zustehen und von denselben nach deren Dienstcontracte untergetrieben werden. Daß gegen Weidegeld eingenommene, oder sonstigen Berechtigungen zufolge unter die Amts- oder Kloster-Heerde getriebene Schaafvieh ist dagegen dem höheren Sage, nach den Verhältnissen seiner Besitzer, unterworfen.

§. 4.

Der Satz von 2 Mgr. für das Stück wird bezahlt:

- 1) Für diejenigen Schaafe, welche die Besitzer von Bauernhöfen über die im §. 2. der Schazordnung vom 10^{ten} Juli 1719 bestimmte Zahl, namentlich der Ackermann über 30 Stück, der Halbspänner über 15 Stück, der Rothsfasse über 10 Stück und der Brinkfiker (wo einem solchen die Befugniß, Schaafe zu halten, überall zusteht) über 5 Stück hinaus halten. Es ist dabei nicht erlaubt, das überschießende Quantum auf die Namen anderer Hofbesitzer, welche überall keine, oder weniger als die vorbemerkte Stückzahl Schaafe halten, zu declariren.
- 2) Für die Schaafe derjenigen Personen, welche nicht Weideinteressenten und nur persönlicher Verhältnisse wegen zur Haltung von Schaafen berechtigt sind. Dahin gehören:

- a. die Amts- Kloster- und Forst- Bediente, nach Anleitung des §. 6. der obgedachten Schafordnung;
 - b. die Schaafmeister und deren Knechte, insofern sie nicht auf Domainen- und Kloster- Gütern dienen und daselbst nach ihrem Dienstcontracte zur Schaafhaltung berechtigt sind;
 - c. die Nutznießer der für sich bestehenden, zu einem Gute nicht gehörenden, oder auch nur auf bestimmte Zeit von demselben getrennten Schäfereien, für diejenigen Schaafse, welche sie nicht schon als Feldmark- oder Weideinteressenten zum Saße von Einem Mariengroschen zu halten berechtigt seyn sollten.
- 3) Endlich wird der Saß von 2 Mgr. von den Feldmark- und Weideinteressenten ohne Ausnahme für diejenigen Schaafse bezahlt, welche sie, außer dem in dem §. 3. gedachten Falle, von andern Personen oder von ihren eigenen, außerhalb der Feldmark belegenen, Besizungen in die Weide genommen haben.

§. 5.

Ausgenommen vom Schaaffsaße sind:

- 1) die Schaafse der Prediger und Schullehrer, insofern die ersteren nicht über 30 Stück, die letzteren aber nicht über 15 Stück halten. Die Mehrzahl der von

ihnen gehaltenen Schaafe wird mit 2 Mgr. für jedes Stück verschafft. Die Wittwen der Prediger und Schullehrer genießen dieselbe Freiheit, nicht aber auch die Adjunkten der letzteren neben den Senioren; auch kommt dieselbe den Predigern für deren Filiale nicht noch einmal zu statten.

- 2) Die Zehnt- und Küchen-Lämmer, insofern die Ablieferung in natura Statt findet und nicht ein Geld-Quantum dafür bedungen ist.

§. 6.

Die Verschätzung der Schaafe erfolgt da, wo dieselben im Monate Mai eines jeden Jahres sich befinden, und werden bei Bestimmung des Steuersatzes allein die zur Zeit der Declaration Statt findenden Verhältnisse berücksichtigt.

§. 7.

Die von Zeit der Declaration bis zum eintretenden Johannis-Termine durch Ankauf aus dem Auslande oder eigene Vermehrung hinzukommenden Schaafe sind ebenfalls zur Steuer nach den erwähnten Grundsätzen anzuziehen, und macht es in Hinsicht auf die Verpflichtung zur Steuer keinen Unterschied, ob die vom 1^{ten} Mai bis Johannis vorhandenen Schaafe auf die Weide getrieben oder bloß im Stalle gefüttert werden. Die nach Johan-

niß aus dem Auslande angekauften Schaafse aber sind bis zu der nächsten Schätzungzeit der Besteuerung nicht unterworfen.

§. 8.

Der mit der Beschreibung des Schaaffschazes beauftragte Officiant hat die Zeit und den Ort, wo er die Declaration annehmen will, zeitig vorher dem betreffenden Kreisgerichte anzuzeigen, welches sodann danach die Ladung an die Ortsvorsteher und Schaafmeister speciell ergehen läßt.

Der Ort, wo die Beschreibung erfolgt, darf nicht über eine Stunde weit von dem Wohnorte der Declaranten entfernt liegen.

§. 9.

Die Ortsvorsteher haben auf die von dem Kreisgerichte erhaltene Ladung den Schaaffschatzpflichtigen Gemeinde-Mitgliedern die bevorstehende Beschreibung anzukündigen, sie zur Angabe der Stückzahl von Schaafen, welche ein Jeder von ihnen hält, aufzufordern und darüber vorläufig eine Liste aufzunehmen, auch bei bemerkten Mängeln und Unrichtigkeiten der Declarationen diese, nach genommener Rücksprache mit den betreffenden Personen, zu ergänzen.

§. 10.

Der Umstand, daß die Schaafse, welche Jemand zur Zeit der Aufnahme der Beschreibung hat, von der Verschätzung nach §. 5. frei sind, entbindet nicht von der Declaration; jedoch wird die befreiete Stückzahl in der Liste vor der Linie gesetzt.

§. 11.

Die Declaration erfolgt vor dem mit der Schaafschätz-Beschreibung beauftragten Officianten dergestalt, daß der Ortsvorsteher die Namen der Einwohner nach den Brandversicherungs-Nummern der Höfe, imgleichen ob und wie viel ein Jeder derselben an Schaafen hält, dem ersteren in die Feder dictirt. Die Schaafhaltenden Einwohner können dabei zugegen seyn, um sich von der Richtigkeit der Declarationen zu überzeugen und vor Nachtheil zu hüten; der Schaafmeister muß dabei anwesend seyn und die Differenzen bemerklich machen, welche hinsichtlich der für jeden einzelnen Einwohner und im Ganzen declarirten und der unter seinen Stab getriebenen Stückzahl etwa bestehen.

Die Ortsvorsteher erhalten eine Abschrift der hienach aufzunehmenden Rolle.

§. 12.

Die nach Aufnahme der Beschreibung bis zum Zo-

Johannis-Termine hinzukommenden Schaafe sind von den Eigenthümern und resp. Inhabern derselben sofort bei dem Ortsvorsteher nach zu declariren, welcher darüber eine Ergänzungs-Rolle anlegt und selbige dem Schaaffschag-Beschreiber zugehen läßt.

Die von andern Orten des Einlandes angekauften und resp. in die Weide genommenen Schaafe sind auch selbst in dem Falle, daß sie dort schon beschrieben seyn sollten, von der Nachdeclaration nicht auszuschließen, jedoch in der Ergänzungs-Rolle vor die Linie zu setzen, wenn von dem Ortsvorsteher des Orts, von welchem die Declaration zum Schage bereits erfolgt ist, darüber eine Bescheinigung beigebracht wird.

§. 13.

Um die abgegebenen Declarationen zu controlliren, wird die Nachzählung der Schaafe von dem Schagbeschreiber selbst, oder von einem mit dessen schriftlichen Auftrage versehenen Officianten vorgenommen. Dieselbe kann, wenn es für nöthig erachtet wird, sofort nach der ersten Beschreibung angestellt werden, muß aber, wenn solches geschehen, noch einmal kurz vor Johannis und um diese Zeit überhaupt durchgängig erfolgen.

Dem mit der Nachzählung beauftragten Officianten haben die Ortsvorsteher die durch die etwanigen Nach-Declarationen ergänzte Rolle zur Einsicht vorzulegen.

§. 14.

Ueber die Nachzählung ist von dem damit beauftragten Officianten ein Protocoll aufzunehmen, in welchem die Zahl der bis dahin angemeldeten Schaaf und das Resultat der Nachzählung zu bemerken ist. Treffen beide nicht überein, so ist der Schaafmeister, wo thunlich in Gegenwart des Ortsvorstehers, über den Grund der Abweichung, und, wenn die Zahl der vorgefundenen Schaaf die der Rollen übersteigt, über die Eigenthümer der verschwiegenen Schaaf, gleichfalls zu Protocoll zu vernehmen.

§. 15.

Die Strafe der unterlassenen Declaration oder Verheimlichung des wahren, einen höheren Steuersatz begründenden Verhältnisses wird hiemit auf den, statt der in der Schazordnung vom Jahre 1719 vorgeschriebenen Confiscation schon früher zugelassenen Geld-Betrag von Sechszehn Gutegroschen für jedes verschwiegene, oder absichtlich zu einem geringeren Satze declarirte Schaaf festgesetzt; und ist außerdem die Steuer nachzuzahlen.

Die Hälfte der eingehenden Straf gelder wird demjenigen Officianten, der die Entdeckung der Defraudation bewirkt hat, zugebilligt.

§. 16.

Die Strafe trifft denjenigen, welcher nach Vergleich

chung der Rollen mit dem Protocolle über die Vernehmung des Schaafmeisters die Declaration unterlassen oder unrichtig gemacht hat; wenn jedoch der Schaafmeister über die Mehrzahl der bei der Nachzählung gefundenen Schaafse keine Auskunft geben zu können behaupten, oder dessen desfallsige Angabe sich als unwahr zeigen sollte, so fällt die vorbemerkte Geldstrafe, benebst der Steuer, ihm selbst zur Last. Außerdem ist aber auch der Schaafmeister, welcher bei der im §. 11. angeordneten Declaration wider besseres Wissen falsche Angaben als richtig bestätigt, sich der Nachzählung und den desfallsigen Anordnungen des damit beauftragten Officianten widersetzt, oder aber einen Theil der seiner Hütung übergebenen Schaafse bei der Nachzählung zu verheimlichen sucht, mit einer nach den Umständen und dem Grade der Verschuldung zu ermäßigenden Gefängnißstrafe bis zu der Dauer von 14 Tagen zu belegen, und ist diese Strafe im Wiederholungsfalle zu schärfen.

§. 17.

In denjenigen contributionspflichtigen Städten, wo der Schaaffschag nicht durch eine Aversionals-Summe abgeführt wird, ist dem Bürgermeister von dem Schaaffschagbeschreiber die Zeit seiner Ankunft behuf Anfertigung der Rolle anzuzeigen und sodann von einem damit zu beauftragenden Magistrats-Officianten dasjenige zu ver-

richten, was nach Vorstehenden den Ortsvorstehern obliegt.

Das Landessteuer-Collegium, die Gerichts- und Verwaltungs-Behörden, und ein Jeder, den es sonst angeht, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 5ten Juli 1824.



Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schmidt-Phiseldack.

von Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 14.

Braunschweig, den 16ten Juli 1824.

- (15.) Circular-Rescript an Fürstl. Stadtgericht Wolfenbüttel und sämtliche Fürstl. Kreisgerichte, die Ausstellung der Pässe betreffend. D. D. Braunschweig, den 2ten Juli 1824.

Carl, Herzog etc.

Da den Bestimmungen des abschriftlich angeschlossenen Circular-Rescripts vom 4ten October 1791, die Ausstellung der Pässe betreffend, nicht von allen Behörden gehörig nachgekommen wird, so sehen Wir Uns veranlaßt, solche hiedurch wiederum in Erinnerung zu bringen, und haben die Gerichte für deren genaueste Befolgung in ihrem Bezirke ernstlich Sorge zu tragen.

Wir finden Uns zugleich bewogen, hiebei folgende nähere Vorschriften zu erlassen:

So wie Unsern Oberhauptleuten nur die Befugniß zusteht, den Einwohnern ihres Districts Pässe auszufertigen, so haben die Kreisgerichte nur das Recht, den Einwohnern ihres Gerichtsprengels und das Stadtgericht Wolfenbüttel und die Bürgermeister der übrigen Städte nur die Befugniß, den Einwohnern ihres Stadtbezirks Pässe auszustellen.

Wenn nun gleich Fremden und solchen Personen, welche nicht wenigstens Einen Monat hindurch in dem

Bezirke der Behörden gewohnt haben, keine neuen Pässe auszufertigt werden dürfen, so wollen Wir doch Unsere Oberhauptleute, die Kreisgerichte und das Stadtgericht Wolfenbüttel, nicht aber auch die Bürgermeister in den übrigen Städten autorisiren, auf den Fall, daß ihnen bekannte, völlig unverdächtige Personen darum nachsuchen, ein Attest dahin auszustellen, daß ihnen selbige als unverdächtig bekannt seien.

An Gebühren für die Ausstellung eines Passes ist außer dem vorschriftsmäßigen Stempel ein Mehreres nicht, als von wohlhabenden Personen 4 Ggr., von minder wohlhabenden 2 Ggr. zu nehmen, wogegen ärmere Personen ganz damit zu übersehen sind.

Von diesen Gebühren kommt die Hälfte derjenigen Behörde, welche den Paß ausgestellt hat, als Schreibgebühr zu; die andere Hälfte aber ist zu berechnen und an Fürstl. Cammer-Casse jährlich einzusenden.

In denjenigen Fällen, wo das Visiren der Pässe erforderlich ist, sind für die jedesmalige Visirung eines Passes 2 Ggr. von wohlhabendern Personen und 1 Ggr. von minder wohlhabenden zu nehmen, ärmere aber mit dieser Gebühr gleichfalls zu übersehen.

Die Gebühren für die Visirung der Pässe verbleiben der Behörde, von welcher solche besorgt ist.

Was die Ausstellung der Pässe bei hiesiger Fürstl. Polizei-Direction anbetrifft, so verbleibt es bei den dieshalb bereits feststehenden Bestimmungen.

Braunschweig, den 2ten Juli 1824.

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schmidt-Phiseldack.

von Schleinitz.

(A b s c h r i f t .)

Von Gottes Gnaden **C a r l W i l h e l m**
F e r d i n a n d, Herzog zu Braun-
 schweig-Lüneburg 2c.

Da dem Vernehmen nach hie und da in den hiesi-
 gen Landen der Mißbrauch eingerissen ist,

daß fremden Durchreisenden, oft völlig unbekannten
 Leuten, auf ihr Verlangen und gegen die soge-
 nannte Gebühr, Pässe zum weitem Fortkommen
 von den Obrigkeiten ertheilt worden,

dieses aber in mehr als einem Betracht bedenkliche Fol-
 gen haben kann, auch solches in keine Weise, selbst in
 dem Fall, wenn dergleichen Fremde beglaubte Pässe von
 auswärtigen Obrigkeiten bei sich führen, gestattet werden
 mag, vielmehr sodann es genug ist, unter dem auswär-
 tigen Pässe zu attestiren,

daß solcher, mit Anführung des Datums, vorge-
 wiesen und der Fremde darauf passiret sey;

als werdet ihr hiemit erinnert, euch der Ertheilung neuer
 Pässe an fremde Durchreisende oder sonst in eurem Ge-
 richts-Bezirk ihr domicilium nicht habende Personen,
 durchaus zu enthalten, es wäre denn, daß dergleichen
 Fremde oder Durchreisende in eurem Gerichts-Bezirk sich
 einige Zeit, wenigstens über einen Monat, aufgehalten

hätten, und dadurch bekannt geworden sind, welchenfalls denn, wenn sie mit glaubhaften Pässen bei euch eingetroffen und sie zu ihrer weitem Reise einen neuen Paß von euch begehren, solcher ertheilt werden mag; jedoch ist in diesem Falle in dem Passe ausdrücklich mit zu bemerken:

daß er mit einem beglaubten Passe von dem und dem Orte, dem und dem dato, bei euch eingetroffen und Geschäfte halber, welche zu benennen, so und so lange sich bei euch aufgehalten habe.

Braunschweig, den 4ten October 1791.

Carl W. F. H.

N. E. G. von Münchhausen.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 15.

Braunschweig, den 20sten August 1824.

- (16.) Verordnung, die Besteuerung des inländischen Brannteweins nach dem Inhalte der Maisch-Bottiche betreffend. D. D. Braunschweig, den 12ten August 1824.

Von Gottes Gnaden C a r l, Herzog zu
Braunschweig und Lüneburg &c.

Die zeitherige Erfahrung hat ergeben, daß die in Gemäßheit der Verordnung vom 28sten April 1815 und der dieselbe erläuternden Declaration vom 11ten Juli 1815 bisher bestandene Erhebungsart der Accise von dem inländischen Branntewein nach dem Inhalte der Blasen und deren Gebrauche in 24 Stunden, der gegenwärtigen Lage der Sache nach weder der erforderlichen Sicherheit der zu entrichtenden Abgaben, noch auch der nothwendigen Gleichstellung derselben in den verschiedenen Brenneereien, hinlänglich entspreche.

Um daher den hieraus hervorgegangenen Beschwerden und Ungleichheiten thunlich vorzubeugen, ohne jedoch die bisherige Brannteweins-Accise zu erhöhen, oder den bei Erzeugung des Brannteweins in Hinsicht auf Zeit- und Kosten-Ersparung anzuwendenden Gewerbefleiß mehr, als zu obigem Zwecke unumgänglich erforderlich ist, zu beschränken, wollen Wir hiemit Folgendes verordnen:

§. 1.

Vom 1sten Januar 1825 an soll die Accise von inländischem Branntewein nicht mehr, wie bisher, nach

dem Inhalte der Blasen und deren Gebrauche binnen 24 Stunden, sondern nach dem Inhalte der Maisch-Bottiche erhoben und dabei auf folgende Weise verfahren werden.

§. 2.

Um die bisherige Branntweins-Accise in ihrem Betrage unverändert beizubehalten und dabei nach Maßgabe der bisherigen Berechnungsart derselben zu verfahren, sind von dem gedachten Zeitpuncte an von jedem Bier Stübchen des Maisch-Bottich-Inhalts, ohne weitere Berücksichtigung der Zeit,

- a) in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel Sechs Pfennige, woneben die bisherige Schroot-Accise vom Getraide und das Mahllohn nach dem bestehenden Tarif mit 1 Ggr. 8 Pf. für den Hinton ferner zu entrichten;
- b) außerdem aber im ganzen übrigen Lande Sieben Pfennige, mit Inbegriff der Schroot-Accise; zu berechnen und bei der Declaration zu bezahlen.

§. 3.

Um den Inhalt der Maisch-Bottiche auszumitteln, sind dieselben von dem Inhaber der Brennerei bei der Accise-Receptur zur Vermessung anzumelden, und soll dieselbe auf Kosten des Brenners und in dessen Gegenwart unter der Leitung des Accise-Inspectors, mit Zuziehung eines Polizeibeamten oder des Ortsvorstehers, mittelst eines geachten und von den sämmtlichen Anwesenden als richtig anerkannten Gemäßeß durch kaltes Wasser geschehen, der Inhalt des Bottichs nach der Stübchen-Zahl bis an den Rand und zum Ueberlaufen ausgemittelt, von dem solchergestalt gefundenen Inhalte der Sechste Theil für den Gährungsraum abgesetzt, die übrig bleibenden Fünf Sechstheile aber für den zu versteuernden Inhalt angenommen und an den Bottich eingebrannt werden.

Ueber das ganze hiebei beobachtete Verfahren ist von dem Accise-Inspector ein genaues Protocoll in gedoppelter gleichlautender Form abzufassen, von dem Inspector, dem Polizeibeamten oder Ortsvorsteher und dem Brenner selbst zu unterschreiben und letzterem ein Exemplar davon zuzustellen, das andere Exemplar aber von dem Inspector zurückzubehalten, um davon nach Anweisung der vorgesetzten Behörde Gebrauch zu machen.

§. 4.

Ein jeder Maisch-Bottich muß von der Größe seyn, daß er, nach Absatz des sechßten Theils für den Gährungsraum, grade so viel Maische enthalte, als nach Beschaffenheit des Brenn-Apparats in 24 Stunden abgetrieben werden kann.

Es müssen also die vorhandenen Maisch-Bottiche, in sofern auf dieselben obige Bestimmung nicht paßt, danach auf Kosten des Brenners abgeändert, die ferner neu anzuschaffenden aber hienach jederzeit genau eingerichtet werden.

Veränderungen des Brenn-Apparats müssen, bei 50 Rthlr. Strafe, vor deren Gebrauche dem betreffenden Accise-Inspector angezeigt und falls sie auf die Zeit der Maischabtreibung von Einfluß seyn sollten, die Bottiche danach geändert werden. Entstehen über die Größe oder den Inhalt der Bottiche Differenzen mit den Brennern, so hat das Landes-Steuer-Collegium nach angestellter Untersuchung und, erforderlichen Falls eingeholtem Gutachten von Sachverständigen, darüber zu entscheiden.

§. 5.

Den Branntweinbrennern ist unbenommen, mehrere Maisch-Bottiche zu unterhalten; jedoch müssen dieselben gehörig angezeigt, auf die in den §. §. 3 und 4 vorgeschriebene Weise vermessen und eingerichtet, zugleich aber auch nummerirt und die Nummer eines jeden Bottichs genau in das Vermessungs-Protokoll eingetragen werden.

§. 6.

Wer eine Brennerei in Betrieb setzen will, ist verbunden, den Tag der Einmaischung sowohl, als auch den der Abtreibung, nebst den Stunden, worin mit der einen und der andern der Anfang gemacht werden soll, mittelst einer schriftlichen, nach einem von der Behörde vorzuschreibenden Formulare abzufassenden Declaration, welche deutlich, ohne Abänderungen oder Rasuren geschrieben, mit dem vollständigen Datum versehen und von dem Brenner selbst unterzeichnet seyn muß, vor der Einmaischung bei der betreffenden Accise-Receptur anzugeben und werden zur Annahme solcher Declarationen die Vormittagsstunden in den Monaten April bis September von 7 bis 11 Uhr, in den übrigen Monaten aber von 8 bis 11 Uhr, bestimmt.

Diese Declarationen sind gedoppelt gleichlautend einzureichen und soll das eine Exemplar derselben mit der Unterschrift des Accise-Einnehmers versehen, dem Inhaber der Brennerei zurückgegeben werden, um solches, wie demselben hiedurch zur Pflicht gemacht wird, vor dem Anfange der Einmaischung in der Brennerei an dem von dem Accise-Inspector zu bezeichnenden Orte anzuheften.

Es wird dabei gestattet, im Falle daß der Brenner mehrere Tage hinter einander brennen, und mithin mehrere Bottiche nach einander abtreiben will, solche zu gleicher Zeit anzugeben und in Eine Declaration aufzunehmen; jedoch müssen die Tage und Stunden der Einmaischung und Destillation für einen jeden Bottich, mit Bemerkung der Nummer desselben, darin genau angemerkt werden.

§. 7.

Diejenigen Bottiche, welche nicht zur Einmaischung declarirt oder leer geworden sind, müssen sofort bis zu einer neuen Declaration der Einmaischung schief gestellt werden.

§. 8.

Außer den geaichtten Maisch-Bottichen dürfen überall keine Gefäße, sie mögen seyn und heißen wie sie wollen, zur Einmaischung benutzt werden. Etwanige Maischwärmer und dergleichen Apparate müssen besonders angezeigt werden, und dürfen keine andere, als reife, zur Abtreibung auf der Blase völlig fertige Maische, und auch diese nur während des Betriebes der Blase enthalten.

§. 9.

Die Blasenhelme werden, während der Betrieb der Brennerei eingestellt ist, wie bisher bei den Accise-Recepturen in Verwahrung genommen, und den Brennern an den zur Abtreibung declarirten Tagen und Stunden verabsolgt; nach dem Ablaufe der Brenntage aber müssen sie zu eben derselben Tageszeit, in welcher sie verabsolgt worden, und höchstens eine Stunde später, zurück geliefert werden, und zwar bei einer Strafe von 8 Ggr. für eine jede Stunde der Verspätung, wenn nicht etwa der Brenner überführt wird, den Helm über die declarirte Zeit gebraucht zu haben, als in welchem Falle die im §. 12 bestimmte Strafe des heimlichen Brennens hinzukommt.

§. 10.

Unvorhergesehene Zufälle, wodurch die Einmaischung oder die Destillation an den declarirten Tagen und Stunden verzögert, verhindert oder unterbrochen wird, sind sofort bei der Accise-Receptur anzuzeigen. Ohne Anzeige der unterbliebenen Einmaischung findet kein Absatz der declarirten Accise Statt.

Die Einmaischung oder Abtreibung zu einer andern, als der in der Declaration angegebenen Zeit ist ohne vorchriftsmäßige Anzeige als eine nicht declarirte anzusehen und zu bestrafen.

Ein angebliches Verderben der Maische berechtigt nicht zu einem theilweisen oder gänzlichen Absatze der de-

clarirten Accise, sobald der Brenner deren Abtreibung vornimmt.

§. 11.

Die Branntweinbrenner haben dem Accise-Inspector, den Aufsehern, dem Einnehmer und den sonst mit der Revision zu beauftragenden oder dabei zuzuziehenden Officianten den Eingang in die Brennereien zu jeder Zeit, dieselben mögen im Betriebe seyn oder nicht, unweigerlich zu gestatten, und ihnen über Alles, was auf die Brennereien Beziehung hat, gehörigen Aufschluß zu geben, bei 10 Rthlr. Strafe für die Verweigerung des Eingangs in das Brennhaus.

§. 12.

Derjenige Brenner, welcher überführt wird, ohne vorgängige ordnungsmäßige Declaration eingemaischt oder Maische abgetrieben zu haben, imgleichen welcher heimlich einen Maisch-Bottich oder nicht angezeigten Helm besitzt, oder auch den Bottich ohne vorgängige Anzeige vergrößern läßt, wie auch derjenige, welcher in den Vorwärmern und andern Apparaten dieser Art Maische bereitet, oder während des Betriebes der Brennerei in diesen Apparaten andere, als reife Maische vorrätzig hält, versällt, der Verordnung vom 28^{ten} April 1815 gemäß, das erstemal in eine Strafe von 50 Rthlr., das zweitemal von 100 Rthlr., und das drittemal von 500 Rthlr., nebst Bekanntmachung der Strafe in den beiden letzten Fällen, auch besonders im dritten Falle mit Verlust seiner Concession; auch werden überdem in jedem Falle die Gegenstände der Defraudation, namentlich die Maische oder der Branntwein, der verheimlichte Maisch-Bottich oder Helm und andere verheimlichte oder gemißbrauchte Brenngeräthe, confiscirt.

Die vorstehenden Strafbestimmungen, mit Ausnahme der des Verlustes der Concession, treffen auch denjenigen,

welcher für einen Branntweinbrenner außer seiner Brennerei Maische bereitet, oder auch es wissentlich geschehen läßt, daß dergleichen in seiner Wohnung bereitet werde.

Der Brennerei-Gehülfe, welcher wissentlich und absichtlich zu einer Defraude des Brenners beförderlich ist, verfällt in eine Strafe von 5 Rthlr., welche im Wiederholungsfalle zu verdoppeln ist.

Dem Entdecker der sämmtlichen in dieser Verordnung erwähnten Defrauden ist die Hälfte der Strafsgelder zuzubilligen.

§. 13.

Wie es übrigens in Ansehung des von den Branntweinbrennern in das Ausland zu versendenden Branntweins bei der Vorschrift des §. 7 der Verordnung vom 28^{ten} April 1815 sein Verwenden behält, nach welcher für jeden Orhoft erweislich ausgesandten Branntweins 3 Rthlr. 8 Ggr. auf die Accise zu gute gerechnet werden, zugleich aber den bestehenden Verfügungen zufolge der Branntwein vor der Aussendung bei der Accise-Receptur angemeldet, der Inhalt des Gefäßes und der darin befindlichen Quantität von dem Einnehmer oder dem sonst damit beauftragten Accisebedienten untersucht, am Spund- und Zapfloche mit dem Dienstsigel gehörig versiegelt, darüber ein vorschriftsmäßiger Exportationschein ertheilt, der Branntwein auf dem letzten Gränzpasse zur Revision vorgeführt, der Exportationschein daselbst zu dessen Attestirung nach befundener Richtigkeit vorgelegt, und spätestens vor Ablauf von sechs Wochen zurück gebracht werden muß, so wird, in sofern dieser Branntwein, wenn auch die Siegel noch unverletzt seyn sollten, ohne Anmeldung zurückgebracht wird, für jeden Contraventionsfall eine Strafe zum achtfachen Betrage der Accise vom ausländischen Branntwein, nebst der Nachzahlung dieser Accise, hiedurch festgesetzt.

Sämmtliche Behörden, so wie auch ein Jeder, dem es betrifft, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheime = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, den 12ten August 1824.



Auf Höchsten Special = Befehl.

von Schmidt-Phiseldack.

von Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 16.

Braunschweig, den 27sten August 1824.

(17.) Verordnung, die Eröffnung der niedern Jagd in diesem Jahre betreffend. D. D. Braunschweig, den 23sten August 1824.

Von Gottes Gnaden **C a r l**, Herzog zu
Braunschweig und Lüneburg &c.

Da es wegen der durch die ungünstige Witterung verspäteten Erndte erforderlich ist, den zur Eröffnung der niedern Jagd sonst auf den 4ten September eines jeden Jahrs festgesetzten Termin für dies Jahr bis zum sechszehnten September hinauszusetzen, so geschieht solches hiemit und haben die Forstbedienten und alle, welche es sonst angeht, sich hienach auf das Genaueste zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten
Fürstlichen Geheime = Kanzlei = Siegelz.

Braunschweig, den 23sten August 1824.



Auf Höchsten Special = Befehl.

von Schmidt-Phiseldack. von Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 17.

Braunschweig, den 7ten September 1824.

- (18.) Verordnung, die Fortdauer der wegen der Censur der Druckschriften unterm 25sten October 1819 ergangenen Verordnung betreffend. D. D. Braunschweig, den 30sten August 1824.

Von Gottes Gnaden **C a r l**, Herzog zu
Braunschweig und Lüneburg &c.

Da in der 24sten diesjährigen Sitzung der deutschen Bundes-Versammlung der Beschluß gefaßt worden, daß das mit dem 20sten September des laufenden Jahrs erlöschende provisorische Preß-Gesetz so lange in Kraft bleibe, bis man sich über ein definitives Preß-Gesetz vereinbaret haben wird, so lassen Wir diesen Beschluß hiedurch zur allgemeinen Kenntniß bringen und verordnen dem gemäß, daß auch die in Gefolge jenes Bundestags-Beschlusses unterm 25sten October 1819 ergangene Verordnung, die Censur der Druckschriften betreffend,

fernerweit in Kraft verbleibe, wonach daher sämtliche hiesige Landes-Einwohner, insbesondere aber die Obrigkeiten, Censoren, Buchhändler und Buchdrucker sich gebührend zu achten haben.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstlichen Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 30sten August 1824.



Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schmidt-Phiseldorf.

von Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 18.

Braunschweig, den 8ten October 1824.

(19.) Verordnung, die Feier des Sieges bei Leipzig betreffend. D. D. Braunschweig, den 4ten October 1824.

Der in dem Jahre 1813 am 18ten October von den Heeren der verbündeten Mächte bei Leipzig erfochtene Sieg soll auch im gegenwärtigen Jahre durch ein feierliches Te Deum in sämtlichen Kirchen des hiesigen Landes an dem, dem 18ten dieses Monats vorangehenden Sonntage, am 17ten dieses, gefeiert werden. Es haben sich daher sämtliche Prediger hienach zu achten, und die Aufmerksamkeit ihrer Gemeinden auf die wichtigen Folgen dieses glorreichen Sieges abermals hinzulenken, damit sie von

Neuem zum Danke gegen die göttliche Vorsehung er-
muntert werden mögen.

Braunschweig, den 4ten October 1824.

Fürstlich Braunschweig = Lüneburgisches
Geheime = Rathz = Collegium.

von Schmidt-Phiseldack. von Schleinitz.

Verordnungs-Sammlung.

N^{ro.} 19.

Braunschweig, den 16ten November 1824.

- (20.) Bekanntmachung, die unentgeltliche Lieferung des Jahrganges 1825 der hiesigen Verordnungs-Sammlung an die bisherigen Pränumeranten betreffend. D. D. Braunschweig, den 9ten November 1824.

Da aus denselben Gründen, welche zu den unterm 11ten December 1817, 24sten Januar 1820 und 3ten December 1822 ergangenen Bekanntmachungen die Veranlassung gegeben, auch in Ansehung des Jahrganges 1825 der hiesigen Verordnungs-Sammlung die Verfügung getroffen worden, daß solcher allen denjenigen, welche die bislang erschienenen Jahrgänge dieser Sammlung gehalten und bezahlt haben, oder dieselben sich noch anschaffen, unentgeltlich verabfolgt werde, wogegen alle diejenigen, welche erst von dem künftigen Jahre an auf die gedachte Sammlung pränumeriren, den durch die Verordnung vom 5ten Januar 1814 dafür festgesetzten

Preis zu erlegen gehalten bleiben, so wird solches hiedurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Braunschweig, den 9ten November 1824.

Fürstlich Braunschweig = Lüneburgisches
Geheime = Rath = Collegium.

von Schmidt-Phisfeld. von Schleinitz.

2219 021